Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern
Generalsekretariat

100 Jahre Proporz

Medienspiegel

NZZ, 12.5.2017

Winterthur wird zur Hauptstadt der Revolution

Grosse Proporz-Feier geplant

lsc. · Der feiste freisinnige Grosskapitalist schlägt sich am Esstisch den Bauch voll, während der Arbeiter und der Bauer nur zusehen dürfen: Mit solchen Sujets ist einst gegen das Majorzwahlrecht geworben worden, das den Freisinnigen im Kanton Zürich und in Bundesbern bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine unangefochtene Machtposition garantierte. 1917, im Jahr der russischen Revolution, kommt es auch im Kanton Zürich zu einem Umsturz – allerdings einem demokratischen: Nachdem die wahlberechtigten Männer im Dezember 1916 einer entsprechenden Volksinitiative zugestimmt haben, wird der Kantonsrat vor hundert Jahren erstmals nach dem Proporzwahlrecht bestellt, der Freisinn verliert seine Vormachtstellung.

Was damals gegen den Willen von Regierung und Parlament beschlossen wurde, betrachten die beiden Volksvertretungen heute als «eigentliche demokratische Revolution», die es gemäss einer Mitteilung mit einem grossen Fest zu würdigen gilt. Die ehemalige Giessereihalle auf dem Sulzer-Areal in Winterthur soll am 7. Juli zur «Demokratie-halle» umfunktioniert werden, samt Ausstellung, einem «Weg der Demokratie» und einem «Proporz-Bistro», in dem sich die Festbesucher mit Parlamentariern und anderen Politikern austauschen können. Die öffentliche Sitzung des Kantonsrates wird an jenem Tag nämlich von Zürich nach Winterthur verlegt – als Hommage an die demokratische Bewegung, die im 19. Jahrhundert für direktdemokratische Instrumente und Verfassungsreformen kämpfte. Finanziert werden sollen die Festivitäten mit einem Beitrag von 470 000 Franken aus dem kantonalen Lotteriefonds, der eigentlich gemäss Fondsrichtlinien nicht dazu da ist, Veranstaltungen mit politischen Botschaften zu finanzieren, was aber angesichts der parteiübergreifenden Akzeptanz des Proporzwahlrechts kein Problem sein dürfte.

Vor hundert Jahren war das noch anders: Vehement befürwortet wurde die Vorlage damals vor allem von den massiv untervertretenen Sozialdemokraten, den Katholiken sowie (Freisinnig-)Liberalen aus den Städten Zürich und Winterthur. Die Landbezirke fürchteten dagegen eine «rote Flut» und votierten für ein «Nein»; aus der Angst vor den Sozialisten resultierte schliesslich auch die Gründung einer Bauernbewegung, die heute als SVP bekannt ist. Sie holte 1917 auf Anhieb 45 von 180 Kantonsratssitzen, während die SP mit 86 Abgeordneten stärkste Partei wurde.

Tages Anzeiger, 12.5.2017

Lotteriefonds

Beiträge für Schulen und Demokratiefeier

Zürich - Der Regierungsrat hat elf Beiträge aus dem Lotteriefonds für knapp 2,6 Millionen Franken freigegeben. Zu den unterstützten Projekten gehören unter anderem ein neuer Standort der Musikschule Zürcher Unterland, eine Sanierung und Erweiterung der Schweizer Schule in Madrid sowie eine Publikumsveranstaltung des Kantonsrats zum 100-Jahr-Jubiläum des Proporzwahlrechts am 7. Juli in Winterthur. *(han)*

züriost
Immer da. Immer nah.

O-Ton aus Winterthur

«Welche Farbe hat deine Stimme?»

In der Rubrik «O-Ton» äussert sich wöchentlich eine Politikerin oder ein Politiker aus Winterthur zu einem aktuellen Thema. Diesmal: Thomas Deutsch, EVP-Gemeinderat, über 100 Jahre Proporzwahlrecht.

20.06.2017, 09:25 Uhr

Thomas Deutsch, EVP-Gemeinderat. Bild: zvg

Wöchentlich, und immer in abwechselnder Parteireihenfolge, äussert sich in der Rubrik «O-Ton» eine Gemeinderätin oder ein Gemeinderat aus Winterthu über ein aktuelles Thema. Heute: EVP-Gemeinderat Thomas Deutsch lädt zur Jubiläumsfeier von 100 Jahre Proporzwahlrecht auf das Sulzerareal.

Thomas Deutsch, EVP-Gemeinderat:

Wir feiern im Kanton Zürich in diesem Jahr 100 Jahre seit der Einführung des Proporzwahlrechts. Um diesen Meilenstein der Demokratie zu erreichen, brauchte es mehrere Anläufe. Am Ende machte das Vorbild vieler anderer Kantone wie Luzern, Basel-Stadt, Schwyz und Solothurn aber doch noch Schule und die Bevölkerung nahm die Vorlage an. Auch wenn wir nicht zu de ersten gehörten, wurde der Proporz bei uns doch noch zwei Jahre früher angenommen als auf nationaler Ebene.

Die erste Proporzwahl 1917 führte zu tiefgreifenden Veränderungen in der politischen Landschaft. Erstmals waren auch kleinere Parteien im Parlament vertreten und damit waren auch breitere Teile der Bevölkerung vertreten. Dadurch wurde die Demokratie gestärkt. Die Proporzwahl war auch die Geburtsstunde der EVP im Kanton Zürich, die in diesem Jahr ebenfalls den 100. Geburtstag feiern kann. Zusammen mit anderen kleineren Parteien trage wir zur Meinungsvielfalt bei. Daher ist nicht nur 100 Jahre EVP Kanton Zürich eine Feier wert, nein auch die 100 Proporzwahl ist ein Grund zum feiern.

Feiern Sie mit! Feiern Sie mit, dass vor 100 Jahren die Demokratie farbiger wurde! Das vom Kantonsrat organisierte Fest findet am 7. Juli 2017 in der Halle 53 auf dem Sulzerareal statt.

29,90 CHF

Der Untergang des «Majorzkönigtums» im

100 JAHRE PROPORZ Auch kleine Parteien und Gruppen haben dank dem Proporz Chancen auf Sitze in Parlamenten. Der heute selbstverständliche Proporz musste gegen erbitterten Widerstand erkämpft werden. Die erste «Verhältniswahl» für den Zürcher Kantonsrat 1917 brach die Dominanz der Liberalen.

Mitten im Ersten Weltkrieg, am 8. Juli 1917, wählten die Männer (die Frauen durften nicht) den Zürcher Kantonsrat erstmals nicht mit dem Majorz-, sondern dem Proporzverfahren. Wegen des Krieges war das Wahldatum vom Frühling in den Sommer verschoben worden. Im Land herrschte Not in breiten Kreisen. Die Lebensmittel waren knapp, die Preise stiegen, die Stimmung war aufgeladen. Im Wahlkampf flogen die Fetzen. Die Parteien wussten, dass es um sehr viel ging. Sie riefen das Volk auf, die Proporzlisten unverändert einzuwerfen, um möglichst keine Stimme an die Konkurrenz zu verlieren.

Erstmals eine Bauernliste

Zum ersten Mal trat die Bauernpartei, die eben erst gegründet worden war, mit einer eigenen Liste an. «Darum Bauern, helft euch selbst, stimmt Mann für Mann! Bringt alle bäuerlichen Listen unverändert zur Urne», heisst es in einem Inserat («Landbote» vom 6. Juli 1917). Und weiter: «Die Bauernsame liebt den Proporz nicht. Er ist ihr gegen ihren Willen aufgedrängt worden. Nur durch die Gründung einer eigenen, selbständigen Partei konnte sie sich wehren.»

Die Bauern hatten zuvor meist für die Demokratische Partei gestimmt. Diese verstand sich als Vertreterin des Mittelstandes zwischen Sozialdemokraten und Liberalen. «Doppelt nötig ist die Existenz einer Mittelpartei, wie sie die Demokratische Partei des Kantons Zürich darstellt und die wie keine andere auch den Mittelstand vertritt, in einer Zeit, wo der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer schärfer sich zuspitzt und die Grundlagen des Gemeinschaftslebens zu erschüttern droht. Gewerbe, Landwirtschaft, Kleinhandel, Beamte, Angestellte sind in gleicher Weise daran interessiert, dass der Mittelstand in diesem Kampf nicht zerdrückt und aufgerieben werde.» So steht es im «Landboten» vom 6. Juli 1917, dem Leibblatt der Demokraten.

Parteien grenzen sich ab

Die bürgerlich denkenden Demokraten propagierten auch soziale Reformen zugunsten der Arbeiterschaft, grenzten sie aber scharf von den Sozialdemokraten ab: «Zwischen der Demokratischen Partei und der heutigen Sozialdemokratie besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz der Welt- und Staatsauffassung», schreibt der «Landbote» am 3. Juli 1917. «Die reine Klassenkampftheorie kennt keine Volksgemeinschaft, kein alle Klassen und Stände umschliessendes nationales Band; sie ist in ihrem doktrinären Fanatismus nur noch Vertreterin der Interessen einer einzigen Klasse (…).»

Der Abstimmungssonntag brachte einen politischen Erdrutsch. Die grössten Gewinner im damals 223 Sitze (heute 180) zählenden Kantonsparlament waren die Sozialdemokraten. Sie steigerten ihre Sitzzahl um 39 auf 82 und stiessen damit die Liberalen

> «Dass die Sozialdemokraten (…) nun 82 Sitze haben, jagt manchen Leuten einen heillosen Schrecken in die Glieder (…).»
>
> *Der «Landbote» am 11. Juli 1917*

als grösste Fraktion vom Thron. Überraschend gut schloss die Bauernpartei ab, obwohl einige ihrer Führer scharf gegen den Proporz geschossen hatten. Die Bauernpartei brachte es auf Anhieb auf 38 Sitze. Mandate gewannen auch die vorher nicht im Parlament vertretenen Christlichsozialen (8 Sitze) und die Grütlipartei (4), während die EVP, damals die «Reformierten» genannt, ihre 2 Sitze behalten konnte.

Dominanz gebrochen

Die grossen Verlierer waren die Liberalen, die sich am 11. Februar 1917 in Freisinnige Partei umbenannt hatten. Sie dominierten seit 1914 mit 98 Sitzen das Parlament. Ihre Vertretung schmolz um 54 auf 44 Sitze zusammen. Arg Federn lassen mussten auch die Demokraten. Sie büssten 36 Sitze ein und kamen nun noch auf 37. Ihre Talfahrt setzte sich in den kommenden Jahren fort, während die Bauernpartei, die Vorläuferin der heutigen SVP, zur bedeutenden Kraft aufstieg.

Im neu gewählten Kantonsrat von 1917 standen also 137 Bürgerliche 86 Sozialdemokraten und Grütlianern gegenüber. Das drei Jahre zuvor (1914) im Majorzverfahren gewählte Parlament zählte 177 Bürgerliche und 43 Sozialdemokraten. Der «Landbote» schrieb am 11. Juli 1917: «Dass die Sozialdemokraten (…) nun 82 Sitze haben, jagt manchen Leuten einen heillosen Schrecken in die Glieder und sie glauben, das Vaterland sei in Gefahr.» Und weiter: «Die Gegner des Proporzes werfen sich in Position und sagen: Seht, das haben wir kommen sehen und deshalb sind wir gegen den Proporz gewesen. Ihnen wird man entgegnen, dass mit einer nochmaligen Verwerfung des Proporzes die Sache nicht viel besser gewesen wäre. Eine Partei von der Stärke der Zürcher Sozialdemokratie lässt sich nicht auf die Dauer unter dem Daumen halten.»

Der Kanton Zürich war kein Proporzpionier, sondern der zehnte Kanton, der dieses Verfahren einführte. Ihm voraus gingen die Kantone Tessin, Neuenburg, Genf, Zug, Solothurn, Schwyz, Basel-Stadt, Luzern und St. Gallen. Auch die Stadt Zürich war schneller als der Kanton. Die kantonalen Stimmberechtigten gestanden ihr 1913 den Proporz fürs Stadtparlament zu. Dies war insofern bedeutsam, als die guten Erfahrungen, die man in der Stadt machte, den Gegnern den Wind aus den Segeln nahmen.

Im zweiten Anlauf

Damit das Volk den Kantonsrat im Proporzverfahren wählen konnte, musste es zuerst die Frage beantworten, ob es den Proporz überhaupt will. Das geschah in einer Abstimmung ein Jahr zuvor: Am Sonntag, 10. Dezember 1916, sagten die Stimmberechtigten deutlich Ja zu einer Initiative, die den Proporz für den Kantonsrat verlangte. Bemerkenswert ist, dass ein erster Anlauf am 2. April 1911 scheiterte: Das Volk lehnte eine Proporzinitiative ab, obwohl Regierungs- und Kantonsrat dafür waren. Beim zweiten Anlauf 1916, der den Durchbruch brachte, empfahlen Regierung und Kantonsrat hingegen ein Nein. Man solle im Krieg nicht noch zusätzlich für Unsicherheit sorgen, wurde argumentiert.

Im Abstimmungskampf um die Proporzinitiative gingen die Wogen ebenfalls hoch. Treibende Kraft waren die Sozialdemokraten, die gemessen an ihrer Parteistärke im Kantonsrat stark untervertreten waren. Das Majorzverfahren, wie es für die Wahl des Regierungsrates galt und gilt, benachteiligte kleine Parteien und Gruppen. Weil es das absolute Mehr zu überwinden galt, konnten meist nur etablierte Parteien, die in den Wahlkreisen eine Mehrheit hatten, Mandate gewinnen. Das Verfahren begünstigte die Liberalen und benachteiligte Newcomer wie die Sozialdemokraten oder Minderheiten wie die Christlichsozialen. Erschwerend kam hinzu, dass die Wahlkreise zum Vorteil der Grossen ausgestaltet waren.

Arbeiterführer Herman Greulich (Bildmitte mit weissem Bart) spricht 1910 in Zürich an einer Versammlung unter freiem

Liberale gegen Proporz

Die Liberalen gaben denn auch die Nein-Parole für die Proporzabstimmung heraus – mit 301 gegen 89 Stimmen. Schon 1911 waren sie dagegen gewesen. Allerdings gab es auch unter ihnen zahlreiche angesehene Köpfe, die für die Verhältniswahl eintraten. Die Demokraten hingegen verfochten ein Ja. Sie unterstützten die Besserstellung der Arbeiter, wandten sich aber gegen die Klassenkampfrhetorik.

Wie das sozialdemokratische «Volksrecht» am 5. Dezember 1916 feststellte, waren die Fronten verschwommen. Es gab keinen geschlossenen Bürgerblock, der den Linken und Proporzfreunden gegenüberstand. «Wenn es ein Machtkampf in diesem Sinne wäre, sähen wir nicht beträchtliche Scharen Bürgerlicher und verhältnismässig noch stärker die Intelligenz der bürgerlichen Parteiführer unter den Anhängern des Proporzes. Denn es ist für sie in die Augen springend, dass der Majorz nicht das Mittel ist, eine junge politische Partei auf die Dauer niederzuhalten.» Im Gegenteil, so das «Volksrecht» weiter, komme mit dem Erstarken der jungen Partei der Moment, «wo sich diese selber den Majorz zunutze macht und ihren ehemaligen Unterdrückern mit gleicher Münze heimzahlt». In einigen Wahlkreisen sei dies bereits geschehen: «Immer mehr beginnt so die ganze Ungerechtigkeit des Majorzes sich gegen seine alten Anhänger und Nutzniesser zu wenden.»

Persönlichkeit statt Partei

Die Liberalen aber hielt diese Perspektive nicht von einem Nein ab. In der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ) vom 6. Dezember 1916 begründen sie es so: «Gegen die Verhältniswahl, den Proporz, spricht grundsätzlich, dass der in ihm liegende Zwang zur nackten Zahl das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten gegenüber der jetzigen Wählart ändert, wo es ein solches des persönlichen Vertrauens ist. Der Persönlichkeitswert des Volksvertreters tritt bei ihr in den Hintergrund. Die Partei und die Parteiparole herrscht statt des freien Entscheides der Wähler. Der Parteizwang würde den Gewählten in den Ratssaal begleiten.»

Die Liberalen argumentieren also mit der Persönlichkeit der zu Wählenden: «Der Liberale prüft vor allen Dingen Charakter und Persönlichkeit der Kandidaten; die persönlichen Fähigkeiten des zu einem Amte Vorgeschlagenen sind ihm wichtiger als die Parteirichtung.» Bei der Proporzwahl lägen die Dinge anders, findet die

> «Der Liberale prüft vor allen Dingen Charakter und Persönlichkeit der Kandidaten; die persönlichen Fähigkeiten (…) sind ihm wichtiger als die Parteirichtung.»
>
> *Die «Neue Zürcher Zeitung» am 6. Dezember 1916*

NZZ: «An Stelle der individuellen Auswahl unter den Kandidaten tritt die Entscheidung des Wählers für oder gegen eine ganze Kandidatengruppe.» Das freisinnige Blatt hatte allerdings das Problem, den Lesern zu erklären, weshalb man andernorts, etwa in der Stadt Zürich, mit dem Proporz gute Erfahrungen gemacht hatte. «Dies erklärt sich ganz ein-

Krieg oder Frieden!

Der Majorz bedeutet Gewaltherrschaft, Gewaltherrschaft bedeutet Krieg!

In keinem Lande hat das **Volk** den Krieg gewollt. Er wäre nicht gekommen, wenn das Volk in den Parlamenten **genügend und gerecht vertreten** gewesen wäre. Die **Mehrheit in den Parlamenten,** die nicht die **Mehrheit des Volkes** gewesen ist, hat ihn gewollt. **Gewaltherrschaft im Kleinen, führt zur Gewaltherrschaft im Grossen.** Zürcher Volk hab' acht!

Der Proporz bedeutet Gerechtigkeit, Gerechtigkeit bedeutet Frieden!

Die **Demokratie allein** gewährleistet den Frieden. Der **Proporz** ist eine der **Grundlagen** der Demokratie. Der **Kanton Zürich** ist die **Wiege der Demokratie.** Zürchervolk, die Augen der Eidgenossenschaft sind auf Dich gerichtet! Die **Demokratie aller Länder** erwartet von Dir den Fortschritt, welcher dem Frieden nach aussen und nach innen einen neuen Weg bereitet. Der **Proporz** wehrt der **politischen Gewaltherrschaft von oben und von unten.**

Zücher Volk hab' acht! Krieg oder Frieden? Wähler, entscheide Dich! Willst Du den Frieden, so stimme Ja!

Zeitungsinserat der Proporzfreunde vom 9. Dezember 1916 im «Landboten». Der Text stellt eine Verbindung zum Kriegsgeschehen her. *Johanna Bossart*

Kanton Zürich

Himmel zum Volk. Die Parole lautet: «Hoch der Proporz». *Sozialarchiv*

fach daraus, dass liberale Parteien auch unter der Herrschaft der Verhältniswahl gezwungen sind, den Wählern möglichst tüchtige Kandidaten zu präsentieren, weil (…) der liberale Wähler auch hier auf die Persönlichkeit abstellt.»

Umkämpfte Bauern

Besonders umkämpft waren die Stimmen der Bauern. Die Landvertreter bei den Liberalen sollen sogar den Ausschlag gegeben haben bei der Nein-Parole. Das «Volksrecht» versucht in seiner Ausgabe vom 1. Dezember 1916 nachzuweisen, dass die Bauern kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Majorzes haben können: «Der Majorz ist das Mittel der freisinnigen Partei, sich solange wie möglich über Wasser und im Parlament in der Majorität zu halten. Der Majorz wird also dann im Interesse der kleinen Landwirte liegen, wenn sich deren Interessen mit den Interessen der freisinnigen Partei decken. Das ist nun aber nicht der Fall. Die freisinnige Partei ist in erster Linie Interessensvertreterin des Handels- und Industriekapitals, und sie vertritt nur soweit die landwirtschaftlichen Interessen, als das psychologisch notwendig ist, um die Bauern zu fördern. Immer aber weiss sie es so anzustellen, dass der gewinnende Teil nicht die grosse Klasse der Klein- und Mittelbauern ist, sondern die geringe Schicht der schuldenfreien Grundbesitzer.»

Dass ein Bauer aber sozialdemokratisch stimmt, hält das «Volksrecht» für illusorisch: «Wir stehen zwar auf dem Standpunkt, dass ein intelligenter Kleinbauer, wenn er sich nützen will, sozialdemokratisch stimmen sollte. Hat er aber eine solche politische Reife noch nicht erreicht, so wird er wenigstens für die Bauernschaft allein gegen die Grossbauernschaft und gegen das Grosskapital antreten wollen, die ihn durch ihre Allianz schädigen.» Fazit des «Volksrechts»: «Nicht Majorz, sondern Proporz ist die Parole auch für die Landbevölkerung.»

Landbezirke stimmten Nein

In der Abstimmung vom 10. Dezember 1916 zeigte sich dann folgendes Bild: Die Proporzinitiative kam zwar deutlich durch, aber sämtliche Landbezirke stimmten Nein, wenn auch nicht mit grossen Mehrheiten. Einzig die städtischen Wahlkreise Zürich und Winterthur stimmten zu – gaben aber den Ausschlag: 48 672 Ja standen 41 919 Nein gegenüber. Knapp 7000 Stimmen betrug der Ja-Überschuss. Der Unterschied zur fünf Jahre zurückliegenden Abstimmung von 1911 sticht ins Auge. Damals dominierte das Nein-Lager mit 42 197 Stimmen bei nur 30 474 Ja.

Jubel bei der SP

«Sieg der Wahlgerechtigkeit», jubelte das «Volksrecht» am 11. Dezember 1916. Der gestrige Tag habe die höchsten Erwartungen übertroffen. Die jahrzehntelangen Anstrengungen hätten zum Erfolg geführt. Der Weg von der demokratischen Verfassungsrevision 1869 bis hierher sei lang und anstrengend gewesen: «Aber er führte vorwärts und aufwärts und gab gestern in seinem Wendepunkt dem Proletariat die Mittel in die Hand, den Kampf gegen den kapitalistischen Klassenstaat wirkungsvoller als bisher zu führen. Hohe Genugtuung und Freude erfüllt deshalb die Genossen über diesen unerwartet grossen Erfolg, und sie dürfen sich dieses Ergebnisses freuen, sie, die in langer unablässiger Arbeit das meiste zum Sturz des Majorzkönigtums beigetragen haben.»

Die NZZ vom 11. Dezember 1916 nahm das Ergebnis gelassen zur Kenntnis. Sie sagte den Sozialdemokraten 30 Sitzgewinne im Kantonsrat voraus. Es waren schliesslich 39. «Die Freisinnigen hingegen», so die NZZ weiter, «dürften kaum Enttäuschungen erleben; sie werden möglicherweise einige Mandate an die äusserste Linke abtreten müssen; im grossen und ganzen aber werden sie ihren Besitzstand wohl behaupten können.» Die Voraussage war falsch, wie sich ein Jahr später zeigen sollte. Sie verloren 54 Sitze.

Persönliche Verhetzung

Die Zürcher «Morgen-Zeitung», ein bürgerliches Organ für Stadt und Land, schrieb: «Das Resultat ist nicht nach unserem Sinne ausgefallen, aber wir haben es vorausgesehen. Der Aufwand an Agitationsmitteln, den die Proporzfreunde seit langem trieben und zu dem in den letzten Tagen noch die persönliche Verhetzung kam und so auf kleinliche Instinkte der breiten Massen tippte, hatte voraussehen lassen, dass die kühle Erwägung bei vielen ertötet und der Klassenhass ausschlaggebend werde.»

Verschiedene Zeitungen interpretierten das Abstimmungsergebnis als gutes Omen für den Durchbruch des Proporzes auch im Nationalrat. Dort brauchte es drei Anläufe, bis eine Initiative 1918 durchkam. Die erste Proporzwahl fand 1919 statt. Zu den grossen Siegern gehörten wiederum die Sozialdemokraten.

Thomas Schraner

> «Das Ergebnis gibt dem Proletariat die Mittel in die Hand, den Kampf gegen den kapitalistischen Klassenstaat wirkungsvoller als bisher zu führen.»
>
> *Das «Volksrecht» am 11. Dezember 1916*

Winterthur – von noblen Ratsherren einst verschmäht

TAGUNGSORT Es handelt sich um eine Premiere, wenn am 7. Juli der Kantonsrat in Winterthur statt im Zürcher Rathaus tagt. Die Frage stellt sich: Warum eigentlich gerade in Winterthur?

Montag für Montag (ausser in den Ferien) tagt der Zürcher Kantonsrat im altehrwürdigen Rathaus am Zürcher Limmatquai. Zum 100-Jahr-Proporzjubiläum wechselt das Kantonsparlament ausnahmsweise den Tagungsort und zieht in die Giessereihalle 53 in Winterthur. Dort wird am Freitag, 7. Juli, normal getagt. Das heisst, die Traktandenliste wird abgearbeitet – natürlich öffentlich, wie auch im Rathaus.

Ausnahme Verfassungsrat

So weit bekannt, handelt es sich am 7. Juli um die erste reguläre Kantonsratssitzung ausserhalb des Rathauses. Eine Ausnahme machte der Zürcher Verfassungsrat im Jahre 2003. Auch er tagte einmal in Winterthur (im Kirchgemeindehaus Liebestrasse) statt wie sonst im Rathaus. Das Ganze war auch eine Hommage an die demokratische Bewegung der 1860er-Jahre, die in Winterthur stark verankert war. Als wichtigstes Sprachrohr diente ihr im Kanton Zürich der «Landbote». Die Zürcher Verfassung von 1869, welche den Ausbau der demokratischen Volksrechte brachte, war geprägt von der demokratischen Bewegung.

Sitzung abgesagt

Ein Jahr zuvor, am 8. Juni 1868, hätten der Kantons- und Regierungsrat ebenfalls in Winterthur eine Sitzung abhalten sollen. So forderten es die Vertreter der demokratischen Bewegung. Aber sie stiessen auf Widerstand. Regierungsrat Johann Jakob Rüttimann, enger Freund des noch immer mächtigen Alfred Escher, und einige Zürcher Parlamentarier weigerten sich, zu einer Sitzung ausserhalb des Kantonshauptortes zu erscheinen. Grund: Sie waren Anhänger der alten Ordnung und Gegner der modernen Ideen der Demokraten. Die Sitzung wurde abgesagt.

In der Weigerung spiegeln sich auch diffuse Ängste: Nachdem im Kanton Zürich die Winterthurer Demokraten an die Macht gelangt waren, gab es in Zürich Befürchtungen, der Kantonsrat werde künftig in Winterthur tagen und Teile der Kantonsverwaltung würden dort angesiedelt.

Die Historie erklärt teilweise, weshalb die Verantwortlichen der 100-Jahr-Proporzfeier die Stadt Winterthur zum Veranstaltungsort auserkoren haben. Projektleiter Moritz von Wyss, Chef der Parlamentsdienste, sagt: «Mit der Proporzwahl erfüllte sich die letzte Forderung der demokratischen Bewegung.» Der Vorschlag, Winterthur zu wählen, sei im Projektteam gefallen.

> In Zürich befürchtete man, der Kantonsrat tage künftig in Winterthur.

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates gab dazu ihren Segen und unterstützte das Projekt aktiv. Der Regierungsrat steuerte gut 450 000 Franken aus dem Lotteriefonds an den Anlass bei.

Auch praktische Gründe

Nebst dem Symbolgehalt, der mit der Wahl Winterthurs verknüpft ist, spielten laut von Wyss auch praktische Erwägungen eine Rolle: die Verfügbarkeit einer grossen Halle, wo die 180 Parlamentarier tagen und gleichzeitig Rahmenveranstaltungen stattfinden können. Und last but not least: Winterthur ist die zweitgrösste Stadt im Kanton Zürich.

Thomas Schraner

STICHWORTE

- **Proporz:**
Bei der Proporz- oder Verhältniswahl werden die Kandidierenden nicht direkt gewählt, sondern man wählt Listen – in der Regel solche von Parteien. Die zur Verfügung stehenden Sitze werden dann gemäss den Wähleranteilen auf die einzelnen Listen verteilt. Jene Kandidaten, die innerhalb der Liste am meisten Stimmen erhalten, bekommen die Sitze. Der Vorteil: Auch kleinere Parteien haben Chancen auf Parlamentssitze.

- **Majorz:**
Bei der Majorz- oder Mehrheitswahl werden diejenigen Kandidaten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten. Sie haben dabei eine Hürde zu überwinden: das absolute oder das relative Mehr. Die Kandidaten treten als Einzelpersonen an, werden aber oft von einer Partei nominiert und unterstützt. Vorteil der Majorzwahl: Es herrschen klare Mehrheitsverhältnisse. *red*

100 JAHRE PROPORZ: JUBILÄUMSANLASS AM 7. JULI

Kantonsrat tagt erstmals nicht in Zürich, sondern in Winterthur

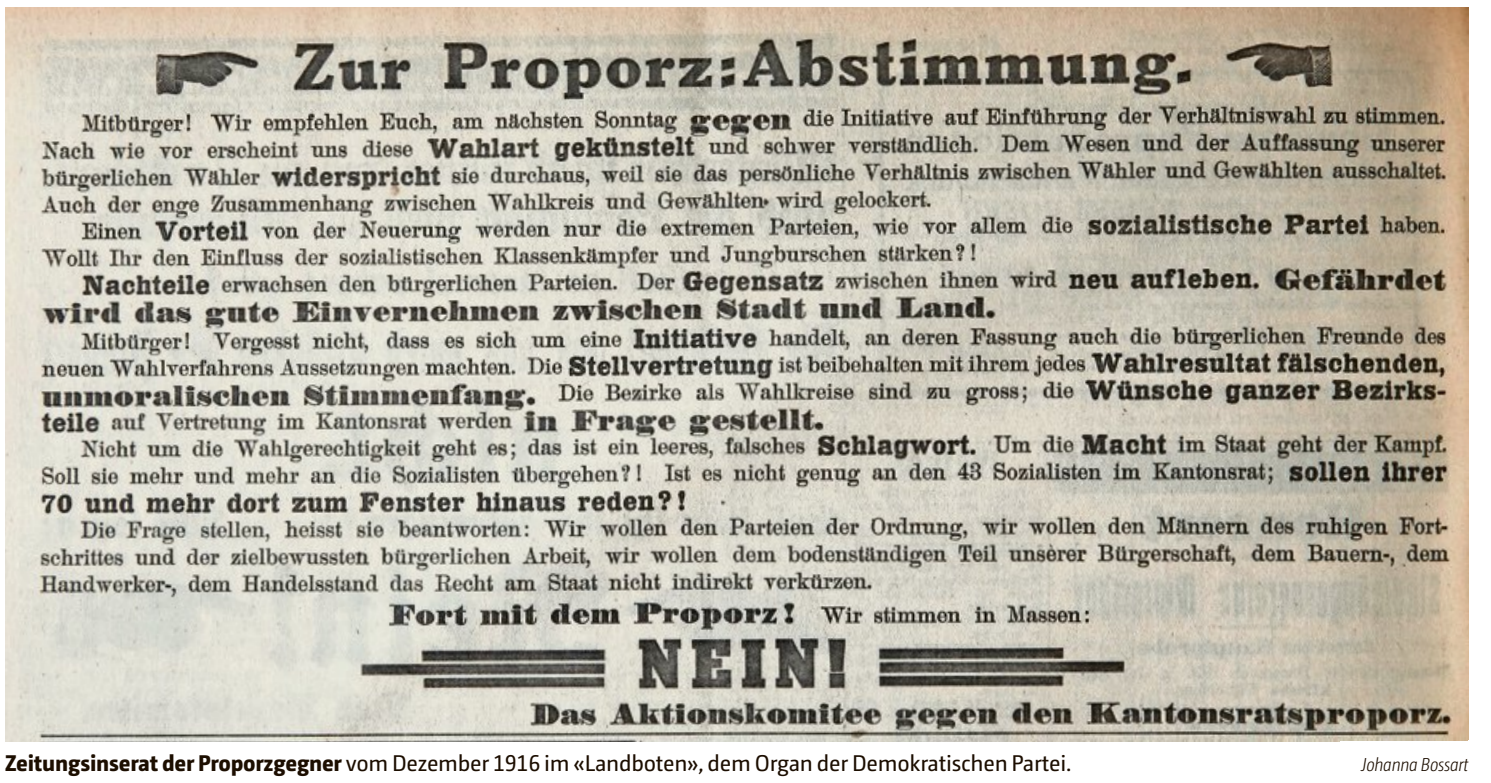
Im Juli 1917 wählten die kantonalen Stimmberechtigten (damals nur die Männer) den Kantonsrat erstmals im Proporzverfahren. Die Verhältniswahl, wie sie auch genannt wird, ermöglicht seither eine gerechtere Vertretung von Minderheiten. Zuvor wurde das Majorzverfahren praktiziert.

Die Wahlen von 1917 stellten die Verhältnisse im Kantonsparlament auf den Kopf (siehe Hauptartikel). Der Kanton Zürich würdigt den historischen Wendepunkt für die Demokratie mit einer Reihe von Veranstaltungen am 7. Juli. Diese finden aus verschiedenen Gründen (siehe Artikel oben) nicht in Zürich, sondern in Winterthur statt. Ort des Geschehens: die Giessereihalle 53 auf dem Sulzer-Areal in Winterthur (in der Nähe des Bahnhofs).

Festprogramm vom 7. Juli:

- **Ab 8.30 Uhr den ganzen Tag:** Ausstellung «Weg der Demokratie» mit Führungen, Politparcours und Proporz-Bistro.
- **10 bis 17 Uhr:** Talks und Diskussionen mit Mitgliedern der Regierung, des Kantonsrates und anderen Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft.
- **11 bis 13 Uhr:** Öffentliche Sitzung der kantonsrätlichen Kommission Staat und Gemeinden. (Kommissionssitzungen sind sonst nie öffentlich).
- **14.30 bis 17 Uhr:** Öffentliche Kantonsratssitzung.
- **17.30 bis 18.30:** Festanlass mit einem Polit-Panel und dem Duo Hutzenlaub und Stäubli.
- **Ab 18.30 Uhr:** Begegnung mit Umtrunk.

www.100jahreproporz.ch



Zur Proporz:Abstimmung.

Mitbürger! Wir empfehlen Euch, am nächsten Sonntag **gegen** die Initiative auf Einführung der Verhältniswahl zu stimmen. Nach wie vor erscheint uns diese **Wahlart gekünstelt** und schwer verständlich. Dem Wesen und der Auffassung unserer bürgerlichen Wähler **widerspricht** sie durchaus, weil sie das persönliche Verhältnis zwischen Wähler und Gewählten ausschaltet. Auch der enge Zusammenhang zwischen Wahlkreis und Gewählten wird gelockert.

Einen **Vorteil** von der Neuerung werden nur die extremen Parteien, wie vor allem die **sozialistische Partei** haben. Wollt Ihr den Einfluss der sozialistischen Klassenkämpfer und Jungburschen stärken?!

Nachteile erwachsen den bürgerlichen Parteien. Der **Gegensatz** zwischen ihnen wird **neu aufleben. Gefährdet wird das gute Einvernehmen zwischen Stadt und Land.**

Mitbürger! Vergesst nicht, dass es sich um eine **Initiative** handelt, an deren Fassung auch die bürgerlichen Freunde des neuen Wahlverfahrens Aussetzungen machten. Die **Stellvertretung** ist beibehalten mit ihrem jedes **Wahlresultat fälschenden, unmoralischen Stimmenfang.** Die Bezirke als Wahlkreise sind zu gross; die **Wünsche ganzer Bezirksteile** auf Vertretung im Kantonsrat werden **in Frage gestellt.**

Nicht um die Wahlgerechtigkeit geht es; das ist ein leeres, falsches **Schlagwort.** Um die **Macht** im Staat geht der Kampf. Soll sie mehr und mehr an die Sozialisten übergehen?! Ist es nicht genug an den 43 Sozialisten im Kantonsrat; **sollen ihrer 70 und mehr dort zum Fenster hinaus reden?!**

Die Frage stellen, heisst sie beantworten: Wir wollen den Parteien der Ordnung, wir wollen den Männern des ruhigen Fortschrittes und der zielbewussten bürgerlichen Arbeit, wir wollen dem bodenständigen Teil unserer Bürgerschaft, dem Bauern-, dem Handwerker-, dem Handelsstand das Recht am Staat nicht indirekt verkürzen.

Fort mit dem Proporz! Wir stimmen in Massen:

NEIN!

Das Aktionskomitee gegen den Kantonsratsproporz.

Zeitungsinserat der Proporzgegner vom Dezember 1916 im «Landboten», dem Organ der Demokratischen Partei. *Johanna Bossart*

Die unendliche Suche nach der Gerechtigkeit

Der Zürcher Kantonsrat tagt am Freitag erstmals überhaupt in Winterthur. Es ist die Ehrerweisung an eine Stadt, die beim Entstehen der direkten Demokratie eine Schlüsselrolle spielte.

Daniel Schneebeli

Eine 25 Meter hohe Industriehalle, in der einst Lokomotiven und Schiffsmotoren gebaut wurden, ist nicht gerade der Ort, an dem man eine Parlamentssitzung erwarten würde. Doch exakt das ist auf dem Sulzer-Areal am Freitag geplant. Der Zürcher Kantonsrat zieht aus dem engen Rathaus an der Limmat in die Monsterhalle nach Winterthur. Allerdings nur für einen Tag und aus gutem Grund: Am 8. Juli 1917, also fast exakt vor 100 Jahren, wurde der Kantonsrat zum ersten Mal nach dem Proporzwahlverfahren gewählt, von dem wir glauben, dass es den Volkswillen am besten darstellt – auf jeden Fall besser als die Verfahren andernorts, zum Beispiel in Frankreich.

Für die Franzosen, die Zürich einst eine neue Verfassung aufs Auge drückten, gilt noch immer der Majorz nach dem Motto: The winner takes it all. So haben der frisch gebackene Regierungschef Emmanuel Macron und seine Bewegung La République en Marche soeben mit gut 30 Prozent der Wählerstimmen rund 70 Prozent der Parlamentssitze gewonnen. Eine Sozialistin meinte am Wahltag: «Selbst eine Ziege würde noch gewählt, wenn sie von Macron aufgestellt würde.» In Zürich mit seinem Proporzwahlverfahren wäre der Frust der Frau kleiner gewesen.

Hoch der Proporz! Herman Greulich spricht 1910 in Zürich vor einer grossen Menschenmenge. Foto: Schweizerisches Sozialarchiv

Napoleons Machtwort

Die Demokratie, die in Winterthur gefeiert wird, ist allerdings nicht gottgegeben. Sie wurde über sehr lange Zeit und teilweise blutig erkämpft. Nicht so blutig zwar wie in Frankreich, wo die Feudalherrscher am Ende des 18. Jahrhunderts geköpft wurden. Aber die Französische Revolution liess die Stimmung auch im Züribiet hochkochen. Bis anhin hatten die Stadtzürcher Bürger die Alleinherrschaft über die Landschaft ausgeübt. Speziell am Zürichsee wuchs deshalb die Zahl der Unzufriedenen. Als dann Napoleon 1798 in die Schweiz einmarschierte, wurde der Druck für die Städter zu gross. Der Regierungsrat trat zurück, und die Landschaft erhielt einen Freiheitsbrief, der gleiche Rechte versprach. Doch damit stand der Kampf um die Gerechtigkeit erst ganz am Anfang.

Als die Städter und die Bauern vom Land eine gemeinsame Verfassung hätten schreiben sollen, scheiterten sie kläglich. Nicht einmal auf eine Eidesformel konnte sich die neue Versammlung einigen. Schon am dritten Sitzungstag kam es zum Eklat. Bauern kamen mit Mistgabeln und Knüppeln vor den Rüden. Sie wollten sehen, ob man ihre Deputierten zu einem Eid zwingen werde. Die Aufgebrachten konnten zwar beruhigt werden, gleichwohl ging der Tag als Prügelmontag in die Geschichte ein.

Weil sich Stadt und Land über Jahre nicht einigen konnten, schritt Napoleon ein und schrieb die neue Verfassung für den Kanton Zürich selber. 1803 bestellte er die Zürcher mit dem Pädagogen Hans Heinrich Pestalozzi an der Spitze nach Paris, um die neue Verfassung zu übergeben. Sie war in französischer Sprache abgefasst. Von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war darin nichts zu lesen. Die Verfassung teilte den Kanton lediglich in fünf Bezirke und führte einen Grossen Rat ein. Ein Teil der Abgeordneten sollte direkt von den Zünften, ein Teil direkt vom Volk bestimmt werden. Wahlberechtigt waren längst nicht alle, sondern nur Männer über 30, die ein Vermögen von mindestens 20 000 Franken vorweisen konnten.

Zu hohe Gesundheitskosten

Napoleons Verfassung vermochte den Gerechtigkeitssinn der Zürcher Bevölkerung nicht lange zu befriedigen, das liberale Gedankengut der Revolution gärte weiter. 1830 versammelten sich in Uster über 10 000 Menschen, die eine neue liberale Verfassung verlangten. Der Ustertag zwang die Herrschenden in Zürich in die Knie. Der Grosse Rat löste sich auf und rief Neuwahlen aus. Der neue Rat schrieb eine neue liberale Verfassung, die allen Männern im Kanton die gleichen Rechte gab, egal wie reich sie waren oder woher sie kamen. Interessant ist auch, wie ähnlich zu heute die Sorgen waren, die die Menschen damals umtrieben. So wollte etwa die Gemeinde Sternenberg folgende Anliegen in der Verfassung geregelt haben: Schweizern aus andern Kantonen sollte das Hausieren nur erlaubt werden, wenn diese Kantone Gegenrecht gewährten (eine andere Form von Personenfreizügigkeit). Zudem wollten die Sternenberger den Hebammen und Ärzten die Löhne kürzen, weil ihnen die Gesundheitskosten zu hoch waren.

Rückschritt nach «Züriputsch»

Die liberale Verfassung von 1831 wurde mit überwältigendem Volksmehr angenommen. Doch schon acht Jahre später kam es wieder zum Aufstand, diesmal von den Konservativen, die sich über die Verrohung der Sitten ärgerten. Insbesondere störte sie, dass mit der neuen Verfassung an der Volksschule nicht

> Unter Escher hatte sich die soziale Ungleichheit im Kanton verstärkt. Das nutzten die Demokraten geschickt aus.

mehr Pfarrer, sondern weltliche Lehrer unterrichteten. Auch diesmal wirkte der Druck der Strasse, 2000 «gute Christen» zogen auf den Münsterhof, wo die Lage ausser Kontrolle geriet. Es kam zu einer Schiesserei, die unter den Aufständischen 14 Todesopfer forderte. Abermals trat die Regierung zurück.

Der konservative «Züriputsch» hatte nicht lange Bestand. Schon 1845 kamen in Zürich wieder die Liberalen an die Macht. Die Wirkung der Konterrevolution in der Zürcher Altstadt ist allerdings nicht vollständig verpufft. Das Wort «Putsch» (für Schubsen) wird in der Deutschen Sprache bis heute als Synonym für Umsturz gebraucht.

Mehr Einfluss fürs gemeine Volk

Der nächste Schritt auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit im Staat wurde in Winterthur getan. Dort entstand eine neue Demokratiebewegung, die sich gegen die faktische Alleinherrschaft der Liberalen von Alfred Escher auflehnte. Unter Escher, der gleichzeitig Regierungspräsident, Nationalratspräsident und Unternehmer war, hatte sich die soziale Ungleichheit im Kanton verstärkt. Das nutzten die Demokraten, die sich als Vertreter der Arbeiterschaft verstanden, geschickt aus. Sie organisierten im ganzen Kanton öffentliche Landsgemeinden, die erneut eine neue Verfassung forderten. Ziel: mehr Einfluss fürs gemeine Volk. Infolge des Drucks von der Strasse wurde ein Verfassungsrat gewählt, in dem die Demokraten die Mehrheit errangen.

Im Schnellzugstempo zimmerte der Rat eine neue Verfassung, die 1869 vom Volk mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde. Sie teilte dem Volk mit dem Recht zur Verfassungsinitiative und dem Gesetzesreferendum wie gewünscht mehr Macht zu. Zudem wurde die Todesstrafe abgeschafft, ein Folterverbot verfügt und die Kantonalbank gegründet. Aber einen Makel hatte die Winterthurer Verfassung: Sie blieb beim damals noch überall üblichen Majorzwahlverfahren. In den Kantonsrat sollten weiterhin nur Personen gewählt werden, die in ihren Wahlbezirken das absolute Mehr erreichten. Die Demokraten hatten sich nicht zur Änderung des Wahlverfahrens durchringen können, obwohl es schon lange Vorschläge für ein Verhältniswahlrecht gab. So hätten etwa alle Kandidaten, die mehr als 1000 Stimmen bekommen hatten, einen Parlamentssitz bekommen. Dies hätte die «Gesamtheit der Bevölkerung» korrekt abgebildet, waren die Proporz-Befürworter überzeugt.

Bauern und Sozis als Stimmvieh

Der Kampf ums Proporzwahlrecht war mit der neuen Verfassung von 1869 aber nicht verloren. Bald schon gab es neue Vorstösse im Kantonsrat. 1890 fehlte nicht viel für die Veränderung, doch starb der Motionär kurz vor der entscheidenden Abstimmung, und das Traktandum wurde abgesetzt.

Insbesondere die Sozialdemokraten und die Bauern hatten in jener Zeit die Nase voll davon, «Stimmvieh» für die Demokraten und die Liberalen zu sein. Sie hatten es als Minderheiten schwer,

> Die Winterthurer Verfassung hatte einen Makel: Sie blieb beim damals noch üblichen Majorzwahlverfahren.

die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. So wurde speziell aus der Arbeiterschaft weiter Druck gemacht. Schliesslich gelang der Coup am 10. Dezember 1916. Mit 7000 Stimmen Unterschied nahm das Volk das neue Proporzwahlrecht an.

Nach dem ersten Wahltag der Neuzeit am 8. Juli 1917 waren plötzlich die Sozialdemokraten mit 82 Sitzen die stärkste Partei im Kantonsrat. Auch die Bauern hatten mit ihrer neuen Bauern- und Gewerbepartei (BGB) auf Anhieb 38 Sitze geholt, mehr als die Demokraten aus Winterthur, die wie die Liberalen die Hälfte ihrer Sitze einbüssten.

Der Kampf um die beste Abbildung des Volkswillens war 1917 allerdings nicht vorbei. Immer noch war die Hälfte der Bevölkerung von der Mitbestimmung ausgeschlossen: die Frauen. Ihr Kampf gegen die Alleinherrschaft der Männer sollte noch über 50 Jahre dauern. Erst 1970 waren die Zürcher Männer bereit, ihre Macht mit den Frauen zu teilen.

Neue Wahlhürde vorgeschlagen

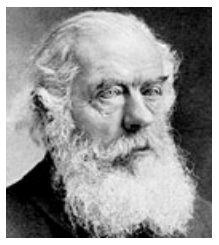
Mittlerweile gab es eine weitere Änderung: Weil das Bundesgericht die bis anhin geltende Berechnung der Sitzzuteilung als unzulässig einstufte, musste ein neues System gefunden werden. Seit einigen Jahren werden die Kantonsratssitze nun nach dem «doppelten Pukelsheim» zugeteilt, einer Berechnungsart, welche erneut die Minderheiten besserstellt. Dass die Diskussion um absolute Gerechtigkeit im Staatswesen nie abgeschlossen ist, beweist das Haupttraktandum an der Jubiläumssitzung in der Sulzer-Industriehalle vom nächsten Freitag: Claudio Schmid (SVP, Bülach) verlangt für die Zulassung einer Partei im Kantonsrat eine 3-Prozent-Wahlhürde im ganzen Kanton. Der Ausgang der Debatte ist offen. Diesmal würden die Kleinen schlechtergestellt.

Demokratiebewegung

Prägende Köpfe

Johann Jakob Treichler wird 1850 als erster Sozialist in den Grossen Rat des Kantons Zürich gewählt. Treichler stammt aus einer Kleinbauernfamilie von Richterswil und hat, was damals sehr ungewöhnlich war, das Lehrerseminar Küsnacht besucht. «Frühsozialist» Treichler schlägt nach seiner Wahl in den Grossen Rat als Erster die Proporzwahl für den Kanton Zürich vor. Demnach wären alle Männer gewählt gewesen, die im Kanton Zürich über 1000 Stimmen erreichten. 1856 holt ihn der Liberale Alfred Escher in den Regierungsrat. Später verliert Treichler den Sitz an die Demokraten. Darauf wird er Oberrichter und Vizepräsident in der Kreditanstalt. Dieser Lebenslauf entzweit ihn mit seinem ehemaligen Weggefährten Karl Bürkli, mit dem er 1851 den Konsumverein Zürich gegründet hat. Bürkli wirft Treichler «Verrat an den Idealen» vor.

Salomon Bleuler gilt als eine der prägenden Figuren im Verfassungsrat von 1868, wo er sich unter anderem für die Schaffung von Volksinitiative und Referendum starkmacht. Bleuler entstammt einer einfachen Familie in Zürich. Später wird er Pfarrer in Glattfelden und dann Redaktor beim Winterthurer «Landboten». In dieser Funktion sucht er den Kontakt zu den Arbeitern der Winterthurer Industrie und wird zu einem der wichtigsten politischen Konkurrenten von Alfred Escher. Sein Wahlsieg mit den Demokraten macht Bleuler aber auch übermütig. Die von ihm geförderte Nationalbahn, die an Zürich vorbei von Winterthur bis zum Genfersee führen sollte, scheitert, und Bleuler muss 1878 als Stadtpräsident von Winterthur zurücktreten.



Herman Greulich ist einer der wichtigsten Förderer des Proporzwahlrechts, das 1916 in einer Volksabstimmung angenommen wird. Zu jenem Zeitpunkt ist Greulich Präsident des Kantonsrats. Greulich ist als Buchbindergeselle aus Deutschland nach Zürich gekommen. 1877 will er sich in seiner Wohngemeinde Hirslanden einbürgern lassen. Das Vorhaben scheitert beinahe. An der entscheidenden Gemeindeversammlung wird er als «Sozialistenhäuptling» bezeichnet. In der Abstimmung gibt es exakt gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen. Schliesslich gibt der Gemeindepräsident den Ausschlag zugunsten von Herman Greulich.

Emilie Lieberherr wird 1970 als erste Frau in den Zürcher Stadtrat gewählt und prägt jahrzehntelang die Sozialpolitik der Stadt. 1978 wird sie erste Zürcher Ständerätin. Lieberherr gilt als unermüdliche Kämpferin fürs Frauenstimmrecht und für die gerechte Abbildung des Volkswillens. Sie ist in Erstfeld UR in einfachen Verhältnissen aufgewachsen und wird Berufsschullehrerin. 1961 gründet sie das Konsumentinnenforum. 1969 organisiert Emilie Lieberherr den «Marsch nach Bern» fürs Frauenstimmrecht. 5000 Frauen und wenige Männer nehmen daran teil. «Frauerächt isch Männscherächt – Händ Vertroue zu de Froue!», ruft Lieberherr. Und bekommt am Ende in der Abstimmung von den Schweizer Männern recht. *(sch)*

züriost
Immer da. Immer nah.

100 Jahre Proporz-Wahlrecht

«Dank Proporz haben auch Minderheiten eine Wahlchance»

Der Kanton Zürich feiert 100 Jahre Proporz. Dazu lädt der Kantonsrat diesen Freitag in die Halle 53 auf dem Sulzer-Areal. Die Einführung des Proporz-Wahlrechts stärkte kleinere Parteien wie die EVP, die ebenfalls 1917 ins Leben gerufen wurde. Für Barbara Günthard Fitze, Präsidentin der EVP Winterthur, komme so der Wille der Bevölkerung besser zum Ausdruck.

von Michael Hotz, 04.07.2017, 16:29 Uhr

1 / 4 Der Kanton Zürich feiert diesen Freitag 100 Jahre Proporz in Winterthur. (Bild: Michael Hotz)

1917 nahm der Kanton Zürich einen Wechsel in seinem Wahlrecht vor: Der Proporz wurde für Wahlen der Legislative eingeführt – eine Stärkung der Demokratie im Kanton. Seither können auch kleinere Parteien die kantonale Politik aktiv mitgestalten. Die politische Welt wurde farbiger.

Diesen politischen Meilenstein feiert Zürich diesen Freitag, 7. Juli, in Winterthur. Die Halle 53 auf dem Sulzer-Areal verwandelt sich in ein Zentrum der gelebten und gefeierten Demokratie. Für einmal verlässt der Kantonsrat sein Rathaus in Zürich und kommt nach Winterthur. Er wird live eine Sitzung abhalten.

Doppelter Feier-Grund für die EVP

Grund zum Feiern hat auch die EVP. Die Evangelische Volkspartei wurde ebenfalls 1917 ins Leben gerufen. Dank der Einführung des Proporz-Wahlrechtes hat sie als kleinere Partei eine grössere Wahlchance erhalten. Barbara Günthard Fitze, Präsidentin der EVP Winterthur, ist überzeugt, dass so der Wille der Bevölkerung besser zur Geltung kommt.

Mit der Einführung des Proporz-Wahlrechtes vor 100 Jahren können auch kleinere Parteien die kantonale Politik aktiv mitgestalten. Welche Bedeutung hatte dieser Schritt für Ihre Partei?

Barbara Günthard Fitze: Mit dem Proporz haben auch Minderheiten eine Wahlchance erhalten. Der Wille der Bevölkerung in der Auswahl der Parlamentsmitglieder kam besser zur Geltung. Grund genug, um damals auch die EVP zu gründe Seither sind wir ununterbrochen in den kantonalen und eidgenössischen Parlamenten vertreten.

Sehen Sie in dieser Einführung eine Stärkung der Demokratie im Kanton Zürich?

Demokratie lebt davon, dass der Wille der Bevölkerung optimal zum Ausdruck kommt und dabei auch die Minderheiten eine Chance haben, sich zu äussern. Diese Auseinandersetzung ist letztlich die Stärke der Demokratie, gerade auch in der Schweiz. Für uns wäre es undenkbar, dieses schweizerische Sinnbild in Frage zu stellen. Die Tendenzen der Grossparteien, eine Wahlhürde einzubauen, wiedersprechen dem und schwächen die Demokratie.

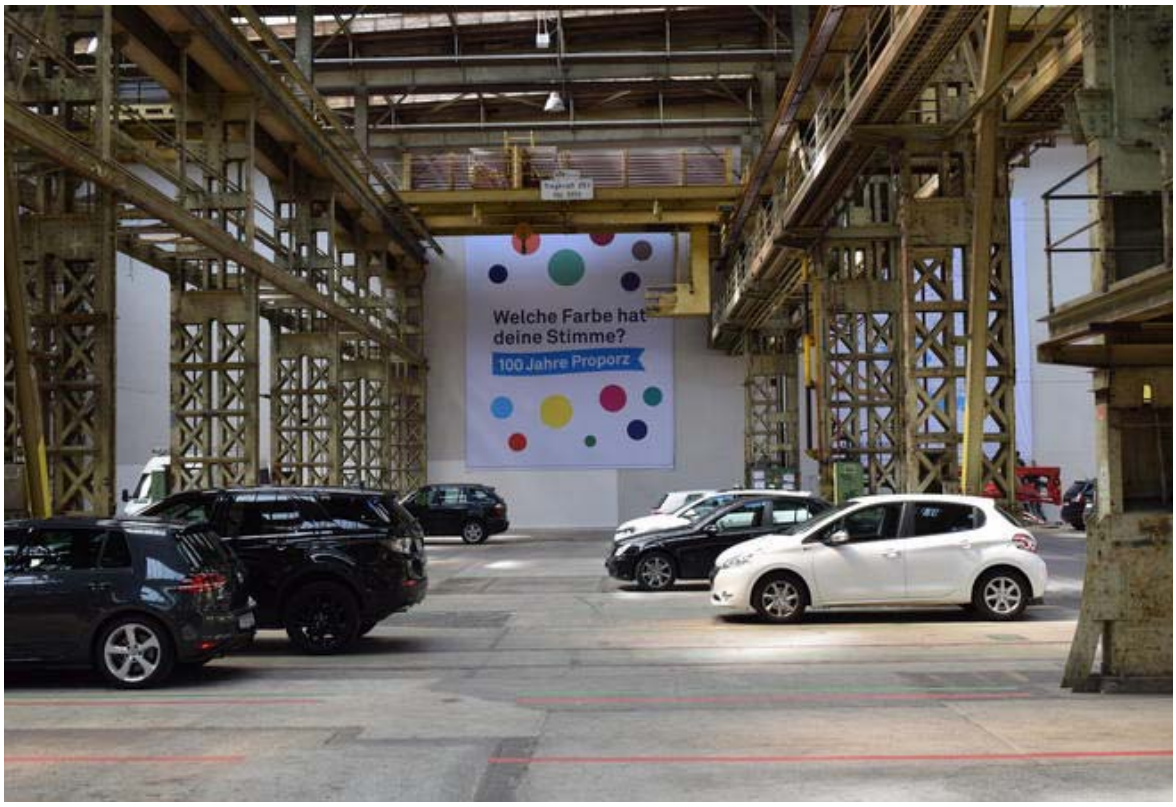
Was können kleinere Parteien zum politischen Diskurs beitragen?

Bei einem Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Polen baut die EVP Brücken und ist nicht eine Selbstdarstellerin, sondern sucht nach Lösungen. Und das tun wir aufgrund unserer christlichen Grundhaltung in sachbezogener Art und Weise. Dabei ist uns eine Verantwortungsethik wichtig. In der Demokratie muss man sich auch überlegen, was die Konsequenzen des eigenen Handelns sind. Dies vermissen wir manchmal bei Gruppen mit einseitiger Ausrichtung. In der Sachpolitik hat sich die EVP bereits 1954 für bleifreies Benzin stark gemacht und in dieser Zeit Kläranlagen gefordert. Damit thematisierte die Partei wichtige Themen und das wiederum führt letztlich auch zu einer zukunftsgerichteten Politik.

Die Halle 53 auf dem Sulzer-Areal verwandelt sich für die Feier am 7. Juli in ein Zentrum der gelebten und gefeierten Demokratie. Wie leben Sie die Schweizer Demokratie?

Persönliche gehe ich wenn immer möglich abstimmen und bin bereit, in die politische Arbeit und damit die Demokratie freie Zeit zu investieren. Egal, ob dies im Parlament, bei Wahlkämpfen oder in Diskussionen mit Menschen ist. Gerade letzteres dünkt mich das Wichtigste. Wir müssen vermehrt die anstehenden Probleme der Umwelt, der Migration, des Menschenhandels aber auch Fragen in der Stadt und dem Quartier diskutieren. Und ich freue mich immer, wenn jemand mir sein Anliegen mitteilt, und ich dann nach Lösungen suchen kann.

Die Feier zu 100 Jahre Proporz läuft unter dem Motto «Welche Farbe hat deine Stimme?» (Bild Michael Hotz):



Der Anlass läuft unter dem Motto «Welche Farbe hat deine Stimme?». Welche Farbe hat Ihre?

Die Parteifarben der EVP sind blau und gelb. Damit zeigen wir auch, dass wir keine einseitige und fade Partei sind. Im Gegenteil: Wir wollen offen und bunt sein, und damit unsere Position in der Mitte auch zum Ausdruck bringen. Wir möchten zeigen, dass wir keine Berührungsängste haben, sondern für die Menschen nach Lösungen suchen. Egal ob jemand links, rechts oder in der Mitte steht.

Wie gerecht ist die heutige Ausgestaltung unseres Wahlsystems in Bezug auf kleinere Parteien?

Mit dem «doppelten Pukelsheim» wurde der Proporz nochmals verwesentlicht mit dem Ziel, alle Stimmen gleichwertig zu machen. Also auch die Stimmen in einem Wahlkreis ohne eigenes Mandat zählen in der Gesamtverteilung der Sitze. Aber mit der Schaffung von Wahlhürden wurde

dieser Gedanke von den grossen Parteien wie SP, SVP und FDP aus eigener Machterhaltung heraus auch wieder in Frage gestellt. Das ist schade und widerspricht der Demokratie, die auch Minderheiten eine Plattform bieten will.

Wo sehen sie diesbezüglich noch Verbesserungspotenzial?

Beim «doppelten Pukelsheim» muss jede Wahlhürde kantonal und kommunal abgeschafft werden. Politisch muss die Begründung, dass viele Fraktionen den Parlamentsbetrieb erschweren, als falsch bezeichnet werden. Das Parlament ist keine Unternehmung, in der Effizienz primäres Anliegen ist, sondern die Auseinandersetzung mit Themen und verschiedenen Meinungen. Das Volk muss und soll dort zum Ausdruck kommen.

Am 4. März 1917 wurde in der Freien Kirche Uster die «Protestantisch-christliche Partei» als Vorgängerin der EVP gegründet. Somit ist auch die Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich 100 Jahre alt. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die Geschichte Ihrer Partei zurück?

Mit grossem Stolz. Wir haben viele «Eintagesparteien» erlebt und dabei als EVP eine grosse Konstanz erwiesen. Mit einer treuen Stammwählerschaft ist es uns gelungen, die Wertefragen der EVP immer wieder sachbezogen in der Politik einzubringen.

Was sind für Sie die Meilensteine in der Geschichte der kantonalen EVP?

Selbstverständlich die Gründung als solches. Neben unseren Initiativen wie etwa zur Schulklassengrösse, den Seeuferwegen oder zum Biblischen Unterricht ist der Meilenstein wohl der, dass wir kontinuierlich und sachbezogen mitarbeiten und so helfen, die Demokratie zu stärken. Dabei sind soziale Anliegen, wirtschaftliche Entwicklung und Nachhaltigkeit für die EVP gleichwertig zentrale Anliegen.

Wenn ein Kunstwerk etwas seltsam riecht

Kleine Kulturdebatte im Zürcher Gemeinderat

ak. · Man fühlte sich ein wenig an die legendären Ratsdebatten über den Hafenkran erinnert. Auch dort war das Kunstwerk längst weg, als es die SVP verbieten wollte. Am Mittwoch ging es um ein Werk, das Mike Bouchet im Rahmen der Manifesta vor gut einem Jahr gezeigt hatte: Es bestand aus rund achtzig Tonnen menschlicher Fäkalien, die aus der Kläranlage geholt, getrocknet und schliesslich ausgestellt wurden – was die einen oder andern empfindlichen Nasen über Gebühr belästigt haben mochte. Das Postulat von Daniel Regli und Martin Götzl (beide svp.) bat den Stadtrat, das Kunstwerk, das längst nicht mehr existiert, umgehend zu entfernen und zu entsorgen. Mit derartigen Werken würden nicht nur Besucher und Nachbarn belästigt, man riskiere auch den guten Ruf Zürichs als Kulturstadt.

Regli präzisierte: Natürlich sei das Werk fort, er erwarte aber Antworten der verantwortlichen Politiker zu dieser «Exkrementalkunst». Er wolle wissen, ob da nicht eine rote Linie überschritten worden sei und also Lehren für die Zukunft gezogen werden sollten. Nein, fand Stadtpräsidentin Corine Mauch (sp.). Die Manifesta sei eine sehr erfolgreiche Ausstellung gewesen – gerade auch deshalb, weil Werke gezeigt worden seien, die zu heftigen Diskussionen Anlass gegeben hätten. Beim umstrittenen Werk sei es unter anderem darum gegangen, die Realität eines Mitarbeiters der Kläranlage Werdhölzli abzubilden. Natürlich gebe es respektable Gründe, solche Werke abzulehnen. Der Staat habe sich aber nicht einzumischen, sondern müsse der Kunst ihren Freiraum lassen. Aus grundsätzlichen kulturpolitischen Gründen lehnte Mauch die Entgegennahme des Postulats ab. Mark Richli (sp.) fand, die SVP habe einfach ein «prüdes Kunstverständnis». Und auch er betonte, dass Politikerinnen und Politiker nicht zu bestimmen hätten, wie Kunst aussehen müsse.

Michael Schmid (fdp.) fand, das Werk sei es wohl nicht wert, dass man so lange darüber diskutiere. Als Piero Manzoni 1961 «merda d'artista» in Dosen abgefüllt und ausgestellt habe, sei schon alles zum Thema gesagt worden. Er habe jedenfalls nichts Neues gehört in der aktuellen Debatte. Schmid verneinte hingegen, dass eine rote Linie überschritten worden sei. Dies sei dann der Fall, wenn es um strafrechtlich relevante Aspekte von Kunst gehe – was vorliegend nicht der Fall sei.

Regli tadelte diese Haltung: Auch die Gerichte würden doch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, die ihrerseits auch von Medien und Politik gesteuert würden. Der Rat entziehe sich also der Verantwortung. Zu entscheiden gab es nichts mehr: Regli zog das Postulat nach der Diskussion im Rat zurück.

Aus der Sitzung des Gemeinderats

■ **Neuer Sitzungstag?** Die linke Ratsseite will die Sitzungen des Gemeinderats vom Mittwoch auf den Donnerstag verschieben. Obwohl sich die Sache verzögert, will sie an der Idee festhalten. Die bürgerliche Seite hatte den Vorstoss als unerfüllbar abschreiben wollen.

■ **Was leistet Kultur?** Die SVP hatte zusätzliche Informationen über unterstützte Kulturinstitute gefordert, insbesondere über den Eigenfinanzierungsgrad. Die Ratsmehrheit war dagegen, weil der bürokratische Aufwand dafür zu gross sei und der Nutzen zu klein.

■ **Kultur-Legi.** Der Stadtrat soll prüfen, ob Inhaber einer Kultur-Legi der Caritas, also Leute mit geringem Einkommen, Rabatt bekommen bei städtisch unterstützten Kultur- und Sportbetrieben. Das SP-Postulat wurde überwiesen.

Postfiliale schliesst

scf. · Die Poststelle beim Zürcher Helvetiaplatz wird per Mitte September geschlossen. Die Nutzung der Filiale sei seit mehreren Jahren rückläufig, heisst es in einer Mitteilung des Unternehmens. Als Ersatz dient eine sogenannte Partneragentur. Damit gemeint sind Geschäfte, in denen die Post einen Schalter betreibt. Im Kreis 4 übernimmt diese Aufgabe die Papeterie Gartmann, nur einige Meter von der bisherigen Poststelle entfernt. Das Angebot umfasse ein Sortiment, das die «täglich nachgefragten Dienstleistungen» abdecke. Zudem sei ein Bargeldbezug in der Höhe von bis zu 500 Franken möglich, Einzahlungen liessen sich bargeldlos erledigen.

Schwimmer kommt um

R. Sc. · Bei der Zürcher Seeüberquerung ist es am Mittwoch zu einem tragischen Vorfall gekommen. Gegen 17 Uhr 30 bemerkten Schwimmer eine leblose Person im Wasser und schlugen Alarm. Wasserschutzpolizisten und das Sicherheitspersonal des Anlasses konnten den Teilnehmer rasch bergen und erste Reanimationsversuche einleiten. Er wurde in kritischem Zustand zum Strandbad Tiefenbrunnen gebracht. Dort übernahm ein Notarzt von Schutz und Rettung Zürich die weiteren Sofortmassnahmen, wie die Stadtpolizei am Mittwochabend mitteilte. Für den zurzeit nicht identifizierten Mann kam jedoch jede Hilfe zu spät. Er verstarb noch vor Ort.

Lokalmarkt

Boxspring - das Original
Die exklusive Art sich zu betten: GS-Boxspring. Diverse Modelle, alle Masse.

GS MŒBEL seit 1969
füren agnehme schlaf
Zähringerstr. 32 | 8001 Zürich
Telefon 044 251 11 84
www.gsmoebel.ch

Suchen Sie gute Pflege in Zürich?
www.gorwiden.ch
Tel. 044 315 11 11, auch Samstag und Sonntag.

AGORA
Matura in 18 Monaten
Mehr Infos unter agora-kolleg.ch
oder Tel. 043 343 96 34
AGORA-Kolleg, Letzigraben 176, 8047 Zürich

«Das feinere Mittel einer Demokratie»

Die Proporzwahl für Parlamente erschütterte die Zürcher Parteienlandschaft. In dieser grossen Streitfrage vor 100 Jahren waren der Freisinn und die NZZ geteilter Meinung.

Proporz und Majorz waren auch auf der nationalen Bühne

STEFAN HOTZ

Die Parteienlandschaft im Kanton Zürich verändert sich seit Jahrzehnten stark. Doch geschieht dies jeweils schrittweise über mehrere Wahlen hinweg, wie der Rückgang der zuvor lange Zeit tonangebenden FDP und gleichzeitig der Aufstieg der SVP zur grössten Partei. Völlig anders war das bei den in den Sommer verschobenen kantonalen Wahlen vor genau 100 Jahren, am 8. Juli 1917: Für ihren Ausgang ist das Bild eines politischen Erdbebens tatsächlich angebracht.

Nach der Auszählung hatte die Liberale (freisinnige) Partei mehr als die Hälfte ihrer zuvor 98 Sitze verloren und kam noch auf 44 Mandate. Kaum besser erging es den mit dem Freisinn mindestens verwandten Demokraten, die statt 73 nurmehr 37 Sitze hielten. Dafür eroberte die eben erst gegründete Bauernpartei, die Vorgängerin der SVP, aus dem Stand 38 Sitze, und die SP verdoppelte ihre Mandate beinahe von 43 auf 82.

Grund war nicht der um die Schweiz tobende Erste Weltkrieg und nur mittelbar die deswegen dramatisch verschlechterte soziale und wirtschaftliche Situation. Ausschlaggebend war, dass die Wahl des Kantonsrats erstmals nach dem Proporz erfolgte. Bis dahin waren alle Sitze eines Wahlkreises an die Kandidaten mit den meisten Stimmen gegangen; das Majorzsystem begünstigte die grossen Parteien, insbesondere den Freisinn. 1914 hatten er und die Demokraten noch 171 der damals 222 Ratssitze erobert.

Ein Ringen während 50 Jahren

Das Proporzwahlrecht, das die politischen Kräfteverhältnisse im Parlament möglichst im korrekten Verhältnis, eben proportional, abbildet, war seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein umstrittenes Thema, schon in den Beratungen für die Kantonsverfassung von 1869. Doch so fortschrittlich das durch die in Winterthur starken Demokraten geprägte Grundgesetz war: Dieses Anliegen blieb ausgeklammert. Es tauchte aber bis zur Jahrhundertwende immer wieder auf.

Wie es doch noch den Durchbruch schaffte, zeigen die Unwägbarkeiten der direkten Demokratie. Nach Einreichung einer Initiative durch den späteren Zürcher SP-Stadtpräsidenten Emil Klöti und den Demokraten Oskar Wettstein sprachen sich der Regierungsrat und das Parlament 1909 für die Einführung des Proporzes aus. Unerwartet lehnte das Volk die Neuerung am 2. April 1911 mit 39 474 gegen 42 197 Stimmen jedoch ab. Zu dem Zeitpunkt kannten bereits neun andere Kantone den Proporz.

Das Thema blieb indes aktuell. 1916 kam es nach einigem Hin und Her erneut in Form einer Verfassungsinitiative vor den Kantonsrat. Dessen eigener

Die Wahlschlacht, die den Proporz salon

Totaler Triumph der Sozialdemokraten in Aussersihl und Wiedikon brachte Bewegung in die De

Ende 1916 sagten sämtliche Stadtzürcher Wahlkreise Ja zum Proporz. Gute Erfahrungen bei lokalen Wahlen dürften ebenso mitgespielt haben wie die Angst vor weiteren Siegen der Linken.

ADI KÄLIN

Aussersihl und Wiedikon waren schon um 1900 fest in linker Hand. Die Volkszählung im gleichen Jahr hatte zudem die Zuteilung der Kantonsratssitze deutlich zugunsten dieser Kreise verschoben: Die ganze Stadt konnte 72 Personen ins kantonale Parlament abordnen, dem Kreis III (heutige Kreise 3, 4 und 5) fielen allein 27 zu.

Bei den Wahlen im Jahr 1902 wollten die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten das Feld natürlich nicht kampflos überlassen. Sie gaben eine Wahlzeitung heraus, die mit «Die Schlacht bei St. Jakob an der Sihl» überschrieben war. Die erste Seite zierte ein mittelalterlicher Herold, auf dessen Banner in Flammenschrift die Worte standen: «Heraus zum Kampf!» Linke wie Bürgerliche stellten eine volle Liste mit je 27 Kandidaten auf.

27 Kandidaten – 27 Gewählte

Der Wahltag brachte dann einen totalen Triumph für die Sozialdemokraten: Sämtliche ihrer 27 Kandidaten wurden gewählt – mit deutlichem Abstand vor zwei demokratischen Kandidaten, von denen einer Statthalter, der andere Stadtrat von Zürich war. Während die Freisinnigen im Kanton vom Majorzsystem profitieren konnten, gelang dies den Sozialdemokraten in ihrer Hochburg in noch eindrücklicherer Art. Umgehend folgte aber die Retourkutsche: Ein Wahlrekurs wurde vom Kantonsrat angenommen, die 27 Abgeordneten aus Aussersihl und Wiedikon mussten den Ratssaal verlassen. Am 31. August fand der neue Wahlgang statt, diesmal von den Linken als «Schlacht bei Philippi» angepriesen. Das Resultat war wieder dasselbe, die 27 sozialdemokratischen Kandidaten holten sogar noch ein paar Stimmen mehr als beim ersten Mal.

Diese Wahlergebnisse dürften vor allem in der Stadt Zürich dazu geführt haben, dass man den Bemühungen um die Einführung des Verhältniswahlrechts positiver gegenüberstand. Bei der ersten Abstimmung über die Einführung des Proporzes im Jahr 1911 sagten denn auch annähernd doppelt so viele Stimmbürger der Stadt Ja: Es gab 19 658 Ja- gegenüber 10 507 Nein-Stimmen. Der Kanton wandte sich zwar gegen den Proporz, erlaubte später der Stadt Zürich aber, das Wahlrecht für den Urnengang zum Grossen Stadtrat (heute Gemeinderat) einzuführen. 1913

e ein heisses Thema. Das Bild zeigt ein Abstimmungsplakat aus dem Jahr 1910. MELCHIOR ANNEN / SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

Gegenvorschlag scheiterte aber, das Parlament lehnte auch das Volksbegehren deutlich ab. Diesmal jedoch, am 10. Dezember 1916, nahmen die Stimmbürger das Anliegen mit 48 601 gegen 41 906 Stimmen an. Den Ausschlag gaben klare Ja-Mehrheiten in den Städten Zürich und Winterthur. Die Liberalen waren vehement gegen den Proporz angetreten. Dafür waren vor allem SP und Demokraten, alle Landbezirke lehnten in der Abstimmung die Neuerung ab. Es war das erste Mal, dass das Volk eine Initiative gegen die Empfehlung von Regierung und Kantonsrat guthiess.

Eine Herausforderung war die Frage für die NZZ. «Die Redaktion dieses Blattes zählte sich stets und zählt sich noch zu den prinzipiellen Freunden der Proportionalwahl», schrieb sie am 30. März 1916 in einem Leitartikel. Wie die Zeit allgemein nach einer Verfeinerung der Mittel strebe, so stelle auch die Verhältniswahl «das feinere Mittel dar, um den Willen des Volks einer Demokratie zum Ausdruck zu bringen. Im gleichen Text wandte sich die Zeitung gegen Listenverbindungen, da gehe es doch nur darum, «Fraktiönchen zu züchten und absterbende Gruppen am Leben zu erhalten». Auch forderte sie die Abschaffung der Möglichkeit, sich bei der Stimmabgabe vertreten zu lassen.

«Beruhigende Wirkung»

In der Hauptfrage war die NZZ anderer Meinung als die mit ihr verbundenen Freisinnigen. Nur zwei Tage vor der Abstimmung publizierte sie auf ihrer Frontseite die ablehnende Stellungnahme der Partei. Hervorgehoben wird darin, dass die Fähigkeiten der Kandidaten entscheidend sein sollen. «Der Liberale prüft vor allen Dingen Charakter und Persönlichkeit.» Mit dem Proporz falle das dahin: «Aus einem für seine individuelle Auswahl Verantwortlichen wird der Wähler zu einem kleinen Zahlenelement der Partei.»

Ausserdem befürchteten die Liberalen grosse Nachteile gegenüber den «extremen» Parteien, gemeint war primär die SP, in deren Wesen es liege, «ihre Wähler jahraus, jahrein zu schulen und zu drillen». Nie und nimmer könne eine liberale Partei von ihren Anhängern solche Opfer verlangen, nie und nimmer werde «die Parteidisziplin zum unbedingten Gehorsam ihrer Glieder, solange sie liberal ist und solange ihre Angehörigen das kostbarste Gut des Liberalismus, die freie Meinung und Entschliessung des Einzelnen, respektieren».

Die NZZ hatte ihre Leser bereits nach dem Entscheid des Kantonsrats mit Blick auf die sich verschärfenden sozialen Gegensätze beschworen, die «pazifizierende Wirkung» der Verhältniswahl nicht zu übersehen. Man müsse sich schon überlegen, schrieb sie, «ob wir auf diese beruhigende Wirkung um äusserlicher Dinge willen verzichten dürfen – und verzichten wollen».

Die Folgen für die Wahlen ahnte auch die NZZ nicht. Nach dem Ja in der Volksabstimmung war sie zuversichtlich, dass sich die freisinnige Partei den neuen Verhältnissen gewachsen zeigen wird. Angesichts der desaströsen Wahlniederlage ein halbes Jahr später kommentierte sie, wäre die Anpassung bereits 1911 erfolgt, hätte die Partei die «schwierigen Zeitverhältnisse besser überwunden». Sie verteidigte das neue Wahlsystem jedoch: Wer bedenke, dass «die Periode wahrer Sorgen eigentlich erst angebrochen ist, der Prozess wirtschaftlicher Einengung sich in ein viertes Kriegsjahr erstrecken wird, Staatswesen und Volkssolidarität auf die schärfste Probe gestellt werden, der wird die Einführung eines gerechten Wahlsystems auch heute, angesichts starker Parteiverluste, nicht bedauern können». Drei Tage später schrieb sie kämpferisch, der 8. Juli «soll das Stahlbad sein, aus dem wir als für die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft neu gehärtete Partei hervorgehen wollen».

Der Proporz-Zug war nicht mehr aufzuhalten. Das System stabilisierte die parteipolitische Konstellation und erhöhte die Wahlbeteiligung. Im Oktober 1918, kurz vor Kriegsende und dem Generalstreik, führte der Bund das Verhältniswahlrecht ein, das erstmals 1919 zur Anwendung kam. Die Majorzwahl für das Parlament kennen heute nur noch Graubünden und beide Appenzell.

Der doppelte Proporz

Wie aktuell die Beschäftigung mit dem Wahlrecht bleibt, zeigen zwei Punkte der damaligen Diskussion. In ihrem Grundsatzartikel vom März 1916 warf die NZZ die Frage nach der Wahlkreiseinteilung auf. Sie kam zum Schluss, dass die ideale Anzahl zu vergebender Sitze pro Kreis nicht unter zehn anzusetzen sei, im Interesse des Wählers und der kleinen Parteien. Gleichzeitig gelte so eine Art selbsttätige Limitierung im Sinne eines Quorums. 2002 stellte das Bundesgericht fest, einzelne Wahlkreise in der Stadt Zürich seien zu klein – und nannte als Mindestgrösse zehn Sitze. Konsequenz war als weitere Verfeinerung die heutige doppeltproportionale Sitzzuteilung, bei der die Mandate zuerst über den ganzen Kanton an die Parteien vergeben und erst danach auf die Wahlkreise verteilt werden. Das dabei eingeführte Quorum, fünf Prozent in mindestens einem Wahlkreis, wird immer wieder in Zweifel gezogen.

Erhellend ist, wie die Resultate der Wahl 1917 interpretiert wurden. Im Majorz war kaum ersichtlich, wie stark die Parteien insgesamt und in den einzelnen Regionen waren. Nun verkündete die «Zürichsee-Zeitung» aufgrund der detaillierten Sitzverteilung in der Niederlage triumphierend, der Schwerpunkt der freisinnigen Partei liege vor allem in den Seebezirken. Die Proporzwahl schuf erst die Voraussetzung, um die Parteienlandschaft zu analysieren und mit Grafiken und Karten abzubilden.

fähig machte

batte um ein neues Wahlrecht im Kanton

wurde dies umgesetzt: Im Februar wurde zunächst die Änderung der Gemeindeordnung angenommen, im April wählte man erstmals nach Proporz. Für die Sozialdemokraten bedeutete das neue Wahlsystem, dass sie in den Kreisen 3, 4 und 5 Verluste hinnehmen mussten – die sie allerdings in den bürgerlicher wählenden Kreisen kompensieren konnten.

Emil Klöti als Proporz-Pionier

Verständlicherweise hatten die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten am heftigsten die Werbetrommel gerührt für das Wahlsystem, das ihnen, über alles gesehen, deutliche Gewinne einbringen würde. Schon die Arbeiterführer Karl Bürkli und Hermann Greulich hatten sich dafür eingesetzt, danach tat es ihnen der spätere SP-Stadtpräsident Emil Klöti gleich. Er hatte 1901 schon seine Dissertation über «Die Proportional-Wahl in der Schweiz» geschrieben, später arbeitete er im Auftrag des Regierungsrats Modelle für ein mögliches neues Wahlsystem aus. Seine Studien landeten allerdings in der Schublade.

Erst im Dezember 1916 kam es zur zweiten kantonalen Abstimmung über das Proporzwahlrecht. Wieder zeigte sich das gleiche Bild wie gut fünf Jahre zuvor: Die Städte Winterthur und Zürich sagten Ja, sämtliche anderen Bezirke lehnten die Vorlage ab. Diesmal allerdings reichten die Stimmen aus den Städten, um den Kanton zu einer Ja-Mehrheit zu bringen.

Bei den folgenden Kantonsratswahlen im Juli 1917 wurde die Zahl der Sitze von Freisinnigen und Demokraten halbiert, während jene der Sozialdemokraten sich verdoppelte. In ihrer Hochburg in den Kreisen 3, 4 und 5 mussten die Sozialdemokraten zwar Mandate abgeben, immerhin aber konnten sie 19 von 28 Sitzen behaupten.

Zürich bittet zum Fest

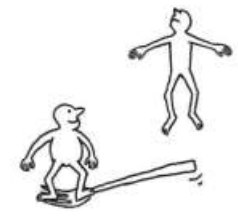
ak. · Der Kanton Zürich lässt das hundertjährige Bestehen des Proporzwahlrechts so richtig gross feiern. In der ehemaligen Giessereihalle 53, direkt beim Bahnhof Winterthur, finden am Freitag, 7. Juli, verschiedene Veranstaltungen statt – von der Ausstellung «Weg der Demokratie» über konkrete Veranschaulichungen von Proporz und Majorz bis zu Gesprächsrunden mit Kantons- und Regierungsräten. Zentrales Element ist eine öffentliche Sitzung des Kantonsrats ab 14 Uhr 30 sowie der daran anschliessende offizielle Festakt. Versprochen wird ein «unterhaltsamer Festanlass». Der Regierungsrat hat für die Veranstaltung 470 000 Franken aus dem Lotteriefonds bewilligt.

Die Ausstellung «Weg der Demokratie» öffnet um 8 Uhr 30. Sie erzählt die Geschichte der demokratischen Verfassung und des Proporzwahlrechts anhand verschiedener Stationen und Personen. Um die komplexen Wahlsysteme besser vermitteln zu können, haben sich das Staatsarchiv, das Statistische Amt und externe Fachleute Beispiele überlegt, mit denen die Funktionsweise von Majorz und Proporz verständlich gemacht wird.

Von 10 Uhr bis 16 Uhr 30 stehen im Forumzelt immer wieder neue Gäste für Diskussionen bereit. Hier kann man beispielsweise erfahren, wie es zum derzeitigen Wahlsystem für die Kantonsratswahlen kam, dem sogenannten Pukelsheim-Verfahren. Neben Kantonsratsmitgliedern beteiligen sich auch Regierungsräte an den Debatten. Erstmals in der Geschichte des Rats tagt eine Kommission öffentlich: Ab 11 Uhr wird über eine parlamentarische Initiative diskutiert, die es kleineren Parteien eher erschweren wird, Sitze im Kantonsrat zu erobern. Statt 5 Prozent in einem Wahlkreis müssten sie künftig 3 Prozent aller Stimmen im Kanton erreichen.

Teil des offiziellen Festakts ist ein Polit-Podium, an dem unter anderen die Nationalräte Balthasar Glättli (gp.) und Claudio Zanetti (svp.) teilnehmen.

Mehr Informationen unter 100jahreproporz.ch



LUNCH

Waschtag

Urs Bühler · Den Heimweg werden wir über die nahe Holzkonstruktion im See antreten, den aparten Cassiopeia-Steg. Es taucht kein Meeresungeheuer auf wie in der Sage, doch geistert im Kopf die auf der Speisekarte blutrünstig angepriesene Beilage herum: «Baby Spinat Risotto». Eines Tages macht uns die Gastrobranche mit ihrer notorischen Missachtung des Bindestrichs noch zu Kannibalen.

Umso beliebter sind bei hiesigen Jungwirten Phrasen, mit denen sie unisono für ihre Küchen werben. Um sich von der Masse abzuheben, müssten sie heute eigentlich versprechen, nur Tiefgekühltes ausländischer Herkunft zu verarbeiten. In Serie nämlich liest man Sätze wie: «Wir bevorzugen auserlesene Schweizer Produkte, welche wir (…) möglichst ohne Foodwaste, dafür mit viel Liebe verarbeiten.» Der Satz entstammt der Homepage eines Seerestaurants mit Lokalkolorit im Namen: «Wöschi».

Auf dem Areal der einstigen Wäscherei Wollishofen war zuvor unter Namen wie «Blu», «Roi» oder «Louis» gewirtet worden, ohne anhaltenden Erfolg. Seit einem Jahr verspricht nun eine junge Crew unter dem Motto «Urban Cuisine» eine internationale Küche mit regionalen Produkten. Der angebotene Fisch stammt unter anderem aus Estland, die bei unsrem Besuch als «Tagesfang» geführte Lachsforelle mag einheimisch, aber wohl doch eher gezüchtet denn gefangen sein. Sei's drum: Der Trumpf ist ohnehin die Seesicht samt grossem Kiesplatz, einen Steinwurf vom Ufer entfernt und begrünt mit jungen Ahornbäumen sowie Pflänzchen in SBB-Paletten.

Im etwas geschmäcklerisch gestalteten Innenraum tafeln an diesem Dienstagmittag ein paar Businessleute; wir aber möchten, nebst einigen kreischenden Möwen, offenbar als Einzige im Freien essen. Es braucht einige Überzeugungsarbeit, bis der Kellner mit kritischem Blick gen Himmel unsere Gedecke herausbringt. Grad letzte Woche hätten sie nach einem Wolkenbruch alles hereintragen und von Hand trocknen müssen, erklärt er seine Vorsicht. Wir werden recht behalten: Es bleibt trocken.

Schön knusprig ist das leicht warm servierte Weissbrot mit Butter im Töpfchen, auch die grosszügig portionierten Zander-Knusperli (Fr. 24.50) im dünnen Bierteig rechtfertigen zwischen den Zähnen ihren Namen vollauf. Die dazu servierte Tatarsauce, wohl mit Crème fraîche verfeinert, wirkt hausgemacht, die für einen zusätzlichen Fünfliber erhältlichen «Pommes Super Frites» hingegen eher wie Massenware. Hinreissend sind dafür die zart-luftigen, hausgemachten Gnocchi (Fr. 23.-) – kaum je haben wir sie in Zürich besser erhalten – an feinem Sugo aus frischen Tomaten. Bei so einem Gedicht geht auch der Preis in Ordnung, während uns anderes (etwa die 8 Franken 50 für einen Liter offen angebotenes Trinkwasser) etwas gar teuer erscheint – Seelage hin oder her.

Wöschi, Seestrasse 457, 8038 Zürich.
Tel. 043 243 18 89. Montags geschlossen.

KULINARISCHES

Jacky Donatz im «Coco»

urs. · Nach dem Abschied vom Zürcher «Sonnenberg» kündigte Jacky Donatz an, seine Spezialitäten bald in der Innenstadt anzubieten. Das hat sich inzwischen relativiert, aber ab dem 20. August gastiert er immerhin jeden Sonntag im «Coco» beim Paradeplatz. Der Besitzer Michel Péclard sieht den 65-jährigen Koch laut Communiqué auch für Gastspiele in anderen seiner zehn Betriebe vor.

Freitag, 7. Juli 2017 | AZ 8401 Winterthur | 181. Jahrgang, Nr. 155 | Fr. 3.50 | www.landbote.ch

Der Landbote

ZRZ Zürcher Regio

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag 19°
Nachmittag 30°
WETTER SEITE 16

Jugendelixier

Wie Forscher uns dabei helfen wollen, auch im Alter noch möglichst lange gesund und fit zu bleiben. SEITE 11

Fitten in der Badi

Für knapp 30 000 Franken wurde in der Badi Oberi eine Crossfit-Anlage gebaut, ein sogenannter Rig. SEITE 4

Glanzlichter

Der Hürdenläufer Kariem Hussein und die Schweizer Frauenstaffel brillierten an der Athletissima. SEITE 27

Vorfreude aufs Demokratiefest, aber auch Kritik an den Kosten

WINTERTHUR Heute ist Winterthur für einen Tag das politische Zentrum des Kantons. Die Feier «100 Jahre Proporz» in der Halle 53 weckt Begeisterung. Doch nicht alle stimmen in den Chor ein.

«Sehr beeindruckt» zeigte sich gestern die höchste Zürcherin, Karin Egli-Zimmermann (SVP, Elgg) bei der Besichtigung des Festgeländes zur Feier «100 Jahre Proporz». Zum Jubiläum der Stimmrechtsreform verwandelt sich die Halle 53 auf dem Sulzer-Areal in einen Parlamentssaal. Zum ersten Mal überhaupt tagt heute der Kantonsrat ausserhalb der Stadt Zürich. Umrahmt wird der öffentliche Anlass von einem bunten Rahmenprogramm. «Ich freue mich riesig», sagte die Ratspräsidentin. «Es ist wichtig, unsere demokratischen Errungenschaften zu feiern.»

Während bei den Organisatoren die Vorfreude gross ist, werden auch einzelne kritische Stimmen laut. Jan Schoch vom benachbarten Büro Schoch stört sich an den Kosten: Dass der Kanton an einem einzigen Tag eine halbe Million Franken ausgebe, sei befremdlich, wenn gleichzeitig überall sonst gespart werde. *mig* SEITE 5

Parkplatzstreit als Geschenk zum Antritt

WINTERTHUR Karin Egli-Zimmermann (SVP) hat diese Woche das Amt als Statthalterin und Bezirksratspräsidentin übernommen. Quasi als Geschenk zum Amtsantritt hat sich ihr Vorgänger Meinrad Schwarz (SVP) noch in den Winterthurer Parkplatzstreit eingeschaltet: Der Bezirksrat hat der Stadt Winterthur gedroht, selbst eine Parkordnung zu erlassen, wenn es bis in einem Jahr keine Lösung gibt. «Nach mehreren Fristerstreckungen mussten wir einfach handeln», begründet Schwarz das Vorgehen. Egli-Zimmermann geht nun davon aus, dass der Winterthurer Stadtrat die gesetzte Frist einhalten wird. Sie wäre aber auch bereit, unter ihrer Regie eine Parkplatzordnung ausarbeiten zu lassen: «Wir würden sicherlich Fachleute beiziehen. Grundsätzlich habe ich aber Erfahrung mit Verkehrspolitik aus meiner Zeit im Gemeinderat Elgg.»

Im Rückblick auf seine acht Jahre im Amt sagt Schwarz: «Die härtesten Entscheide waren jene im Kinderschutzbereich.» Dort gehe es direkt um Menschen. Zum umstrittenen Fall Flaach sagt Schwarz: «Es ist hart, aber auch da ist alles korrekt abgelaufen.» Auch in anderen Fällen gehe es im Bezirksrat darum, rein nach rechtlichen Gesichtspunkten zu entscheiden. *bä* SEITE 3

Sonne satt

In Benken scheint die Sonne am längsten im Kanton. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Zürcher Kantonalbank. *mas* SEITE 7

Kistler kauft kleine Firma

WINTERTHUR Der Wülflinger Sensorenhersteller Kistler hat gestern bekannt gegeben, ein kleines deutsches Familienunternehmen gekauft zu haben, zu einem nicht genannten Preis. Die Firma Eso mit Sitz im baden-württembergischen Tettnang produziert mit zehn Angestellten verschiedene Hightechgeräte für die technische Verkehrsüberwachung; zu den Kunden des Betriebes zählen Gemeinden sowie Polizeieinheiten. Mit dem Zukauf verstärkt sich die Traditionsfirma Kistler, die kürzlich hohe Wachstumszahlen für die letzten Monate rapportiert hatte, im Bereich der Verkehrssicherheit, heisst es. *red* SEITE 4

Gondel über den Zürichsee

ZÜRICH Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) begeht 2020 ihr 150-Jahr-Jubiläum. Zur Feier dessen will sie eine Seilbahn in Betrieb nehmen, die zwischen Landiwiese und Zürichhorn verkehrt. Die Züribahn soll dann fünf Jahre lang in Betrieb sein. Derzeit laufen die Abklärungen. Mit der Seilbahn über den Zürichsee will die ZKB zum Jubiläum an den Pioniergeist ihrer Gründer anknüpfen, wie die Bank in einer Mitteilung vom Donnerstag schreibt. Sie schliesst damit auch willentlich an die Geschichte legendärer Seilbahnen an, die gleichenorts bestanden. Anlässlich der Landesausstellung 1939 und der Gartenbauausstellung 1959 wurden jeweils Seilbahnen gebaut, welche die beiden Seeufer miteinander verbanden. Die ZKB will ebenfalls «ein Erlebnis bieten, von dem auch die nächste Generation noch hören wird», wie es weiter heisst. *sda* SEITE 17

Glarner nimmt Schuld auf sich

MATTHIAS GLARNER Der 31-jährige Berner Oberländer Matthias Glarner nimmt die Schuld für seinen Unfall auf sich. Der Schwingerkönig war am Dienstag der vergangenen Woche im Anschluss an ein Promi-Fotoshooting von einer Seilbahn in Hasliberg gefallen. Er erlitt dabei eine Beckensprengung sowie einen Bruch des Sprunggelenkes im linken Fuss. *red* SEITE 32

G-20-Proteste eskalieren

G-20 Am Vorabend des G-20-Gipfels in Hamburg ist es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen. Bei der «Welcome to Hell»-Kundgebung gestern gegen das Treffen der grossen Wirtschaftsmächte flogen Flaschen, Petarden wurden gezündet, später brannten umgestürzte Mülltonnen und mindestens ein Auto. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Pfefferspray ein und trieb die rund 12 000 vorwiegend friedlichen Teilnehmer auseinander. Die Polizei meldete mindestens sechs verletzte Beamte. Laut Nachrichtensender N24 gab es auch unter den Demonstranten mehrere Verletzte. Unter die Demonstranten hatten sich etwa 1000 Vermummte gemischt – was die Polizei nicht duldete. Der Veranstalter erklärte den Demozug nach gut einer Stunde für beendet. Dieser war nur wenige Meter weit gekommen. *red/sda* SEITE 23

WAS SIE WO FINDEN

Panorama 10, 11
Agenda 13
TV/Radio 15
Börse 25
Sport 29

Todesanzeigen 14
Amtliche Anzeigen 22
Eulach-/Fahrzeugmarkt 26
Veranstaltungen 30

ANZEIGE

SALE OUTDOOR MÖBEL 20–30%
...AUF ALLE AUSSTELLUNGS-STÜCKE
GAMMA
PERSÖNLICHER WOHNEN
ST. GALLERSTR. 45 | WIL | GAMMA.CH

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch **Inserate:** 044 515 44 44, inserate@landbote.ch **Redaktion:** 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch

«Eine teure Schulreise»

HALLE 53 Heute findet die Feier zu 100 Jahre Proporzwahlrecht statt. Die Kulisse ist beeindruckend. Doch aus der Nachbarschaft regt sich auch Kritik an den hohen Kosten.

In der Sulzerhalle 53 findet heute eine doppelte Premiere statt. Zum ersten Mal tagt der Kantonsrat ausserhalb der Stadt Zürich. Und zum ersten Mal wird die Öffentlichkeit eine Kommissionssitzung miterleben können. Normalerweise ist sie hinter verschlossenen Türen. Für die Hauptsitzung sind Winterthurer Themen traktandiert: der Richtplaneintrag Neuhegi und die Solaranlage auf dem Dach der Kantonsschule Büelrain.

«Der Proporz ist eine Errungenschaft, die das ganze Stimmvolk betrifft. Darum war uns früh klar, dass es eine öffentliche Feier werden soll, nicht einfach ein Apéro», sagt Moritz von Wyss, Leiter der Parlamentsdienste. Der Anlass ist ein kleines Volksfest – und ein Bildungsanlass. Rund 250 Kantonsschüler sind angemeldet.

Die Kulisse ist beeindruckend. Die bunt beplankten Tische der 180 Parlamentarier sind im Halbkreis angeordnet wie im Bundeshaus. Rundherum bilden Tribünen eine steile Arena für 500 Zuschauer. Und hinter dem Tisch der Ratspräsidentin ist eine sieben Meter breite LED-Wand für Abstimmungsergebnisse und Nahaufnahmen der Sprecher. Grosses Polittheater! Und das in der eindrücklichen Kulisse der alten Fabrikhalle.

Innerhalb von weniger als drei Monaten ist der Grossanlass entstanden. 470 000 Franken lässt sich der Kanton die Feier kosten. Der Betrag stammt nicht aus der Staatskasse, sondern aus dem Lotteriefonds. Martin Rohr von der Agentur Melt erklärt, wie das Geld eingesetzt wurde: Je etwa 125 000 Franken kosten die Tribünenbauten und die Ausstellung «Weg der Demokratie». Bis zu 75 000 Franken verschlingt die Technik.

Zürich feiert den Proporz. Was er bewirkt, zeigt die riesige Kantonskarte in der Halle 53. Jeder Punkt ist ein Kantonsratssitz in Parteifarbe. *Enzo Lopardo*

Das falsche Signal?

Zu viel des Guten? Jan Schoch, Geschäftsführer der Büro Schoch Werkhaus AG, sieht den Anlass direkt gegenüber seines Geschäfts mit gemischten Gefühlen.

> «In einer Zeit, in der überall gespart wird, ist es ein falsches Signal, eine halbe Million Franken für einen einzigen Tag auszugeben.»
>
> *Jan Schoch, Unternehmer und Nachbar*

«Ich bin befremdet, dass eine halbe Million Franken für ein ‹Schulreisli› der Kantonsparlamentarier ausgegeben wird», sagt er. «In einer Zeit, in der überall Spardruck herrscht und die Stadt Winterthur sich kaum noch die Schulreisen für unsere Kinder leisten kann, finde ich es ein falsches Signal, an einem einzigen Tag so viel Geld auszugeben.» Den Anlass kann und soll man feiern, findet Schoch. «Aber man hätte diese Sondersitzung auch für viel weniger Geld im Stadttheater durchführen können.» Schoch hatte sich sogar kurz überlegt, ein Protestbanner zu drucken und aufzuhängen – und sagt, er hätte innert Minuten zehn Unterstützer gefunden, quer durchs politische Spektrum.

«Errungenschaften feiern»

Mindestens die Ausstellung «Weg der Demokratie» wird aber den heutigen Festtag überdauern. Sie sei transportabel und es gebe bereits mehrere Anfragen von Gemeinden und Schulen, versichert OK-Chef Moritz von Wyss. Auch die Datenbank mit den Steckbriefen aller Kantonsräte der letzten 100 Jahre, welche das Staatsarchiv und das Statistische Amt erarbeitet haben, bleibt online verfügbar und wird laufend ergänzt. Wer Abbildungen oder Informationen über politisch tätige Verwandte oder Vorfahren hat, kann sie heute auch vorbeibringen.

Für Schoch bleibt 100 Jahre Proporz eine teure Schulreise für Parlamentarier. Die höchste Zürcherin, Karin Egli-Zimmermann von der normalerweise sparsamen SVP, betonte gestern aber den symbolischen Wert: «Es ist wichtig, dieses Fest zu feiern. Wir Schweizer neigen oft dazu, unsere demokratischen Errungenschaften zu vergessen.» *Michael Graf*

ANZEIGE

ZKB inklusiv

Ihre Vorteile im Paket.

- 1% Vorzugszins auf Sparkonto Plus (bis 5'000.– CHF)
- Versicherung für Reiseannullierung und Reiseunterbruch
- Bestpreis-Garantie für Einkäufe mit der Kreditkarte
- surprize Punkte in Kontogutschrift umwandeln (bis 120.– CHF p.a.)

Jetzt Paket eröffnen und profitieren.

Geschenk im Wert von **60.– CHF** erhalten

Mehr unter **zkb.ch/inklusiv**

Die nahe Bank Zürcher Kantonalbank

Wer die grösste Macht hat – und wie sie noch fairer zu verteilen wäre

TALK Ist das politische System fertig entwickelt? Und wie sähe der nächste Schritt nach Proporz- und Frauenwahlrecht aus? Überlegungen namhafter Politiker am Proporz-Forum.

Die Einführung des Proporzes führte zu einer gerechteren Machtverteilung im Kanton Zürich. Kleine Parteien schafften den Sprung ins Parlament, was die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung besser abbildete. Fünf Jahrzehnte später folgte mit dem Frauenstimmrecht der nächste Schritt zu einem gerechteren Wahlsystem. Und heute?

Im Rahmen der Porporzfeier waren im «Forum» Kantonsräte, Regierungsräte und weitere Gäste zu kurzen Talks geladen. Sie äusserten sich unter anderem zur Frage, ob ein Stimmrecht für Junge ab 16 oder für Ausländer der nächste logische Schritt wäre.

Der ehemalige Regierungsrat **Markus Notter (SP)** wurde gleich zu Beginn sehr deutlich: «Demokratie heisst, alle zu beteiligen. Man braucht nicht gute Gründe, um jemanden einzuschliessen, sondern man braucht gute Gründe, um jemanden auszuschliessen.»

Markus Notter, Ex-Regierungsrat.

Folglich müsste die Einführung eines Ausländerstimmrecht, mindestens auf kommunaler Ebene, der nächste Schritt sein. Ähnliches denkt Notter über die junge Bevölkerung: Ob die Jungen nun mit 14, 16 oder 18 Jahren alt genug zum Abstimmen sind, darüber könne man diskutieren. «Ich würde sagen, 16 Jahre wären angebracht.»

In Notters 15-jährige Regierungszeit bis 2011 fiel die Einführung des «doppelten Pukelsheim» im Kanton Zürich 2006. Das führte zu einem gerechteren Wahlsystem, weil seither Stimmen wahlkreisübergreifend gezählt werden, was eine Benachteilung kleiner Parteien aufhebt.

Gerechteres Wahlsystem

Der geistige Vater der Zählmethode ist – nebst dem namensgebenden Mathematiker Friedrich Pukelsheim – der heutige Statthalter des Bezirks Zürich **Mathis Kläntschi (Grüne).** «Ich stellte damals fest, dass die Wahlkreiseinteilung verfassungswidrig war, weil viele Stimmen an Kleinparteien nicht berücksichtigt wurden», erzählte Kläntschi im Gespräch mit den Moderatoren Jakob Bächtold (stellvertretender Chefredaktor des «Landboten») und Dorothea Simeon (Radio SRF). Kläntschi legte eine Stimmrechtsbeschwerde ein – und bekam 2002 vom Bundesgericht recht.

Philipp Kutter, CVP-Kantonsrat.

Auf das Ausländerstimmrecht angesprochen, sagte Kläntschi, dies sei keine rechtliche, sondern eine politische Frage. Er findet: «Wir müssten generell ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Menschen, die lange hier leben, am politischen Entscheidungsprozess teilhaben.»

Bischoff pro, Kutter kontra

Widerspruch folgte von **Philipp Kutter (CVP).** Während sich sein Tandempartner im Gespräch, **Markus Bischoff (AL),** für das Ausländerstimmrecht aussprach, sagte Kutter: «Integrierte Ausländer sollen ein Mitspracherecht erhalten, doch dafür sollen sie sich einbürgern.» Statt eines Ausländerstimmrechts würde er die Lockerung der Einbürgerungskriterien befürworten.

Bischoff wie Kutter plauderten in der Folge aus dem Nähkästchen über den Alltag im Kantonsrat. Kutter: «Anders als im Nationalrat kann man bei uns immer das Wort ergreifen. Das nutze ich ehrlich gesagt auch gerne aus.» Und Bischoff provoziert gerne im Dienste der politischen Kultur: «Wenn eine Debatte nicht so spannend ist, dann versuche ich etwas Pfeffer reinzubringen.»

Spitze gegen Regierungsrat

Im Kantonsrat ist die SVP-Faktion eine Macht. **Roger Liebi (SVP)** sagte im Gespräch über diese Machtverteilung: «Ich bin froh, dass wir dank unserer Grösse viel mitbestimmen können. Aber gleichzeitig bin ich auch froh, dass wir nicht alles alleine bestimmen. Ich bin Demokrat und würde das nicht wollen.» Für solche Verhältnisse gebe es genug Negativbeispiele im Ausland.

Roger Liebi, SVP-Kantonsrat.

Nicht selten werden politische Entscheide zu einem Tauziehen zwischen Regierungs- und Kantonsrat. Welche von beiden Behörden nun mehr Macht hat, scheint nicht immer klar zu sein. So sagte **Esther Guyer (Grüne),** seit 1998 im Kantonsrat: «Wir entscheiden über Gesetze, welche die Regierung vorschlägt. Der Kantonsrat ist die oberste Behörde im Kanton. Auch wenn der Regierungsrat manchmal denkt, er sei der Entscheidungsträger.» Guyer setzte ihre Spitze fort: «Nach so vielen Jahren muss ich sagen: Die Zusammenarbeit mit der Regierung war auch schon besser als im Moment.»

Fehr wollte Bildung nicht

Regierungsrätin **Jacqueline Fehr (SP)** erwiderte in einem anderen Gespräch: «In der Schweiz ist die Macht in allen Funktionen sehr eingeschränkt, und das zu Recht.» In ihrer heutigen Funktion im Regierungsrat könne es schon vorkommen, dass sie sich über manche Fragen aus dem Kantonsrat aufregt. «Aber ich blicke auf viele Jahre parlamentarische Arbeit zurück und weiss, wie wichtig sie ist.»

Jacqueline Fehr, Regierungsrätin.

Regierungsratskollegin **Silvia Steiner (CVP)** strich die Bedeutung der Schulbildung heraus. «Demokratie bedeutet Chancengleichheit», sagte sie. Deshalb müsse die Schule mit dem Staatskundeunterricht das Verständnis für Politik in der Bevölkerung sicherstellen.

Steiner hatte 2015 die Bildungsdirektion übernommen, von der viele dachten, sie werde Jacqueline Fehr zufallen. Fehr enthüllte im Talk nun, dass sie am Ende sogar froh gewesen ist, Justizdirektorin zu werden. «Zwischen Wahl und Amtsübernahme wurden aus dem Bildungsbereich von allen Seiten Erwartungen an mich herangetragen, und diese waren teils widersprüchlich», sagte Fehr. «Ich hätte niemals allen Erwartungen gerecht werden können.»

Jigme Garne

Der Winterthurer Gemeinderatspräsident Felix Landolt (SP) bei seiner Grussrede

Höhere Wahlhürde chancenlos

KOMMISSION Einzig SVP- und FDP-Vertreter wollen kleinen Parteien den Eintritt in den Kantonsrat erschweren. Die GLP hingegen will keine Wahlhürde mehr.

Was in kantonsrätlichen Kommissionssitzungen besprochen wird, ist normalerweise streng geheim. Gestern war es ausnahmsweise anders: Die 15-köpfige Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) tagte anlässlich des Proporzjubiläums öffentlich. Das ging aus rechtlichen Gründen nicht ohne Weiteres, wie der Leiter der Parlamentsdienste, Moritz von Wyss, auf Anfrage sagte.

Jedes einzelne Kommissionsmitglied musste schriftlich sein Einverständnis geben. Zudem war das Okay der kantonsrätlichen Geschäftsleitung nötig. «Hätte eine einzige Person Nein gesagt, hätten wir die öffentliche Sitzung streichen müssen», sagte von Wyss. STGK-Präsident Jean-Philippe Pinto (CVP) sprach denn auch von einer «historischen Sitzung». Seit 1833 finde erstmals so etwas statt.

Die STGK hat sich ein passendes Geschäft zum Proporzjubiläum ausgesucht: einen Vorstoss zur Wahlhürde für den Kantonsrat. Heute muss eine Partei in einem der 18 Wahlkreise mindestens 5 Prozent Wähler haben, um in den Kantonsrat zugelassen zu werden. Zu beraten hatte die STGK den Vorstoss von SVP und FDP, welche den Zugang erschweren wollen. Sie verlangen einen Wähleranteil von 3 Prozent im ganzen Kanton.

Gut für die Grossen

Der Leiter des Statistischen Amtes erläuterte gestern, was das hiesse. AL, EDU und BDP verlören ihre Sitze, während die grossen Parteien kräftig zulegen könnten. Die heutige Hürde ist proporzfreundlicher: 99,3 Prozent aller Stimmen können in Sitze umgemünzt werden. Mit einer 3-Prozent-Hürde wären es nur noch 91 Prozent. Fazit: 9 Prozent der Stimmen gingen verloren.

Weniger Demokratie

«Dieser Vorschlag geht ins Herz des Proporzes und bringt nicht mehr, sondern weniger Demokratie», entgegnete Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) den Befürwortern. Sie nahm, wie es üblich ist, mit Verwaltungsleuten an der Sitzung teil. Erstunterzeichner Claudio Schmid (SVP) durfte als Gast der STGK sein Anliegen vertreten.

Das heutige System habe einen Fehler, sagte er. Es führe zur Zersplitterung das Kantonsrates in zu viele Fraktionen. Dies mache das Parlament ineffizient. Schützenhilfe erhielt er einzig von Parteikollegen und der FDP. Die Gegner sind also in der Mehrheit in der STGK.

Jörg Mäder (GLP) brachte den radikalsten Vorschlag ein. Er will gar keine Hürde mehr, also auch die heutige abschaffen. Dies stiess bei den Grünen auf Sympathien. «Ich persönlich könnte gut leben ohne Quorum», sagte auch SP-Vertreterin Renate Büchi. Ihre Parteikollegin Céline Widmer war sich da aber nicht so sicher. Einig sind sich aber beide in der Ablehnung der 3-Prozent-Hürde. EVP-Vertreter Walter Meier ärgerte sich darüber, dass ausgerechnet am Proporzjubiläum ein Vorstoss behandelt wird, «der uns abschaffen will». «Ein Witz», fand er.

Ohne einen Beschluss zu fassen, vertagte die STGK das Thema auf eine spätere Sitzung und behandelt noch die unbestrittene Fusion von Elgg und Hofstetten. Sie empfahl dem Ratsplenum einstimmig ein Ja.

Thomas Schraner

«Prügelfreitag»

RATSBETRIEB Spitze Sprüche, Eigenlob und Wandervögel: Das Gastspiel in Winterthur war eine fast normale Kantonsratssitzung mit umkämpften Geschäften und einem unerwarteten Helden.

Dass der Kantonsrat ausserhalb von Zürich tagt, das gab es in über 200 Jahren noch nie. Zur Feier «100 Jahre Proporz» war er nun in Winterthur zu Gast. Und dort staunte so mancher: Alles ist etwas grösser in der Kantonshauptstadt. Während das Winterthurer Parlament nur 60 Sitze zählt, hat der Kantonsrat dreimal so viele.

Vizepräsident Dieter Kläy (FDP, Winterthur) kennt sich in beiden Räten bestens aus. Angst, die Übersicht zu verlieren, hat er angesichts von 180 Mitgliedern aber nicht. «Der Betrieb läuft diszipliniert und respektvoll ab», sagt er. «Klatschen oder Zwischenrufe sind verpönt.» Im Vergleich zum Winterthurer Stadtparlament sei das Tempo allerdings höher, die Voten pointierter. Zugleich werde auch mehr geschwatzt und herumgestreunt, weil dies bei so vielen Personen schlicht weniger auffällt. Einzelne, wie SVP-Kantonsrat René Isler (SVP, Winterthur), hält es kaum auf dem Stuhl, er tigert in den Reihen auf und ab.

Alles normal oder fast

Präsidentin Karin Egli-Zimmermann (SVP, Elgg) eröffnet die Sitzung mit dem üblichen Hinweis, sich in der Anwesenheitsliste einzutragen. Sonst gibt es kein Sitzungsgeld. Und noch eine Vorbemerkung: «Angesichts der Temperaturen erlaube ich eine Tenü-

Splitter, Worte, Zahlen, Zitate

Unter den hohen Kantonsräten, die sich im 19. Jahrhundert weigerten, in Winterthur zu tagen statt im Zürcher Rathaus, befand sich auch ein gewisser **Georg von Wyss,** ein Konservativer aus einer angesehenen Zürcher Familie. Er befürwortete den Proporz, wollte aber partout nicht in die Hochburg der Demokraten in Winterthur. Einer seiner Nachfahren, **Moritz von Wyss,** ist heute Chef der Parlamentsdienste. Er und andere machten es möglich, dass es mit der Winterthurer Sitzung nun doch noch geklappt hat. *tsc*

«Das ist eine Inzuchtveranstaltung», sagte **Wolfgang Kweitel,** Präsident der BDP Stadt Zürich, auf die Frage, wie gross denn der Ansturm am BDP-Stand sei. Vor allem Politiker hätten den Weg in die Halle gefunden, wohl auch, weil es «sicher 15 Grad zu warm» sei. Etwas Gutes kann er der Veranstaltung trotzdem abgewinnen. Die vielen Schulklassen hätten einen guten Einblick erhalten. Und er habe erfahren, wo den Jungen der Schuh drückt: «Viele fragen sich, was die berufliche Zukunft für sie bringt.» *mif*

Jean-Philippe Pinto leitet die STGK-Sitzung.

Jean-Philippe Pinto (CVP), Präsident der Kommission STGK, die erstmals öffentlich tagte, zeigte sich nach der Sitzung befriedigt. Doch, doch, sagte er, die Sitzung sei ähnlich abgelaufen wie sonst. «Mir ist aber aufgefallen, dass die Leute noch besser vorbereitet waren als sonst.» Dass es in der STGK gesittet zu und her ging, hänge damit zusammen, dass dort viele anständige «Gemeindemunis» sässen. Aber es lag auch am Thema: «Bei einem Sparprogramm wäre es viel wilder zu und her gegangen», meinte Pinto. *tsc*

an den Kantonsrat. Zu Beginn der Sitzung waren die Zuschauertribünen gut gefüllt. *Bilder Madeleine Schoder*

und ein Hauch Bundeshaus

erleichterung.» Bei 35 Grad in der Fabrikhalle fallen also Jackett und Krawatte. Ansonsten gilt Courant normal, bis auf Details: Im Ratssaal in Zürich können die Politiker vom Platz aus sprechen, hier müssen sie dazu ans Rednerpult treten. Zusammen mit der halbrunden Sitzordnung (in Zürich ist es ein gequetschtes U) verleiht das dem Kantonsparlament auch in Hemdsärmeln einen Hauch von Bundeshaus.

Haue für die Gastgeber

Eine Schonfrist gibt es für niemanden. Auch nicht für die Gastgeber. Als über den Richtplaneintrag einer Erschliessungsstrasse für den Winterthurer Stadtteil Neuhegi diskutiert wird, hagelt es heftige Kritik am Winterthurer Stadtrat. Er hatte sich im Frühling per Brief an alle Kantonsräte gewandt und verlangt, neben der präferierten Route auch eine Rückfallvariante einzutragen. Die Kommission hatte diesen Plan B zu null verworfen. Jetzt reagiert sie gereizt. In letzter Minute, so der Vorwurf, werde «aus diffusen Ängsten» eine ungeeignete Lösung wieder aufgewärmt.

«Ein wunderschönes Beispiel dafür, wie die Interessenvertretung der Gemeinden nicht gemacht werden sollte», ätzt Rosmarie Joss (SP, Dietikon). «Ein Affront gegen unsere Arbeit», doppelt Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) nach, die ihre Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt als «die fleissigste» lobt. «Das Vorgehen der Winterthurer verwirrt und streut Sand ins Getriebe», kritisiert Christoph Ziegler (GLP, Elgg). «Ein Schildbürgerstreich», poltert Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), dessen Gemeinde von einer allfälligen Streckenänderung am meisten betroffen wäre.

Ein Kleiner ist der Grösste

«Das ist ein Prügelfreitag», klagt der Winterthurer EVP-Kantonsrat Nik Gugger, der den Vorstoss eingereicht hatte, mit Verweis auf den sogenannten Prügelmontag von 1798. Napoleons erster Versuch, Stadt- und Landvertreter zu einer gemeinsamen zürcherischen Verfassung zu bringen, wäre damals fast in Handgreiflichkeiten ausgeartet. Trotzdem wird Gugger, der in seinen drei Kantonsratsjahren eher ein Hinterbänkler war, zum Mann des Tages. Sein Vorstoss kommt mit 80 zu 76 Stimmen durch. Und bevor die Glocke die dreistündige Sitzung beendet, fällt der Name Nik Gugger gleich nochmals: Der Winterthurer hat seinen frühzeitigen Rücktritt per 2. Oktober eingereicht, weil er für Maja Ingold in den Nationalrat nachrückt. Allgemeines Schulterklopfen. Es passt zu einem Anlass, an dem das Proporzwahlrecht gefeiert wird, dass ein Vertreter einer Kleinpartei einen grossen Tag erleben kann, die im Mehrheitswahlrecht kaum den Einzug ins Parlament geschafft hätte.

War das Gastspiel ein Schaulaufen für die Zuschauer? «Nein, es gab nicht mehr Voten als sonst und sie waren auch nicht giftiger», sagte Vizepräsident Kläy. «Es war eine ganz normale Sitzung.» Trotz vieler rhetorisch geschliffener Voten und enger Abstimmungen: Je länger die Sitzung dauerte, desto mehr Publikum verschob sich von der überhitzten Tribüne Richtung Bar. *Michael Graf*

«Die hören einander ja gar nicht zu!»

TRIBÜNE Mehrere Klassen der Kanti Büelrain konnten gestern mitverfolgen, wie der Kantonsrat über eine Solaranlage auf dem Neubau der Schule diskutierte.

Die Werbeflyer der Parteien fanden gestern bei den Kantonschülerinnen und -schülern des Gymnasiums Büelrain in Winterthur gute Verwendung – als Fächer. Denn die Temperatur auf der Tribüne war nochmals ein paar Grad wärmer als unten in der Halle. Trotzdem liessen es sich Klassen nicht nehmen, die Diskussion um die Solaranlage auf ihrem Neubaudach mitzuverfolgen. Genau genommen ging es um die Frage, ob ein Postulat, das eine solche fordert, als dringlich erklärt wird.

Für ein erstes Raunen in den Reihen sorgte Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen). Obwohl sie das Postulat verfasst hatte, sprach sie immer von der Kantonsschule Bülach. «Sie merkt es nicht», stellt ein Schüler ungläubig fest. Besser machte es Therese Agosti (SP, Turbenthal). Sie fand, Energiesparen sei doch bestens erlebbar mit einer eigenen Anlage. «Das ermöglicht Anschauungsunterricht.» Die Klassen applaudieren spontan, was die Kantonsratspräsidentin Karin Egli Zimmermann (SVP, Elgg) zu einer leichten Rüge veranlasste. «Bitte unterlassen Sie den Applaus. Das ist unüblich, und zudem haben wir einen engen Zeitrahmen.»

Nicht alle fanden das Anliegen, eine Solaranlage noch im laufenden Bauprozess zu erstellen, dringend. Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) erinnerte an die Kantonsratssitzung vom März 2016. Da habe niemand eine Solaranlage erwähnt. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb man das Anliegen nicht früher, in der Kommission, eingebracht habe.

Fast mehr als die Diskussion interessierte die Schüler das Drumherum der Sitzung. Als AL-Kantonsrat Manuel Sahli (Winterthur) in kurzen Hosen und Schlabber-T-Shirt ans Mikrofon trat, gab es spitze Kommentare. «Der hat sich nicht gerade in Schale geworfen.» Für Heiterkeit sorgte Hans Egli (EDU, Steinmaur), der Know-how stets als «Nauhau» aussprach. «Wo ging der denn zur Schule?»

Nachdem sich alle Parteien geäussert hatten, erklärte Egli-Zimmermann das Prozedere: «Die Dringlichkeit ist gegeben, wenn 60 Stimmen zusammenkommen.» Und dann bat sie, wer für die Dringlichkeit sei, möge sich erheben. Die Grenze verlief ziemlich klar, die eine Seite stand, die andere sass. «Reicht es?» Die Kantischüler waren unsicher. Doch es reichte: 84 Kantonsräte sprachen sich für die Dringlichkeit aus. Nun muss der Regierungsrat innert fünf Wochen zum Postulat Stellung nehmen.

Die Frage, ob es eine Solaranlage auf dem Dach der Kantonsschule gibt, wurde gestern also nicht geklärt. Aber ein erster Schritt in die richtige Richtung ist getan, wie Rektor Martin Bietenhader festhielt.

Ein Zeichen setzen

Die Schülerinnen und Schüler würden eine Solaranlage begrüssen. «Ich fände es gut, schliesslich ist die Schule ein öffentliches Gebäude, und wir könnten damit ein Zeichen setzen», sagt eine junge Frau, und ihre Kollegin ergänzt: «Wir haben Ja gesagt zu Energiestrategie 2050, da sollte auch eine Solaranlage auf dem Schulhausdach möglich sein.»

Den Einblick in den Ratsbetrieb fanden die die Gymnasiasten interessant: «Mir ist vor allem aufgefallen, dass alle einfach herumlaufen und sich gar nicht zuhören.» Und eine andere Schülerin zeigte sich überrascht, wie strikt die Parlamentarier mit ihren Parteien stimmten. «Ich habe den Eindruck, dass die Leute von der Partei instruiert werden, wie sie stimmen müssen.»

War es die Hitze oder die etwas abstrakte Diskussion zum Richtplan? Jedenfalls verliessen die Klassen die Halle schnell wieder, nachdem ihr Traktandum abgehakt war. *Mirjam Fonti*

Die Parteiflyer dienen den Klassen auf der Tribüne als Fächer.

Splitter, Worte, Zahlen, Zitate

Stadtpräsident **Michael Künzle** (CVP) richtete sein Grusswort in Hochsprache an die Gäste. Gemeinderatspräsident **Felix Landolt** (SP) dagegen legte locker auf Mundart los. Bis Künzle ihm zu verstehen gab, dass Hochdeutsch gewünscht wäre. «Wir reden im Gemeinderat in Winterthur eben jeweils Mundart», erklärte sich Landolt. Und versuchte anschliessend, seine Ansprache fortzusetzen. Doch zumindest zu Beginn rang er angesichts der ungewohnten Fremdsprache ziemlich nach Worten. *mif*

35,8 Grad bei 47 Prozent Luftfeuchtigkeit zeigte das Thermometer gestern Nachmittag zu Beginn der Kantonsratssitzung auf der Zuschauertribüne an. Schon am Morgen wurde die 30-Grad-Marke geknackt. Die Hitze war denn auch ein Dauerthema in der Halle 53, und **die Grünen** hatten visionär auf das richtige Plakatsujet für ihren Stand gesetzt: eine verlaufende Glace. «Klimaschutz jetzt. Es gibt keinen Plan B», lautete die Schlagzeile dazu. *mif*

Stolz präsentierte das **Statistische Amt des Kantons Zürich** den Besuchenden die neue App «Zürich stimmt app». Wer will, kann sich vor Abstimmungen erinnern lassen oder sich am Abstimmungstag stets aktuelle Resultate schicken lassen. Ein Highlight seien die Hochrechnungen. «Wir kennen unsere Pappenheimer eben sehr gut und können schon nach wenigen ausgezählten Gemeinden genaue Vorhersagen machen», erklärte ein Mitarbeiter. Mit Pappenheimer meine er aber nicht die Wähler, sondern die Gemeinden. *mif*

Wie viele andere kam auch SP-Kantonsrat **Stefan Feldmann** zur Feier des Tages krawattiert – trotz Hitze. Eigentlich habe er den schönen Nadelstreifenanzug anziehen wollen, kommentierte er seine Garderobe. Als er dann aber von den zu erwartenden Temperaturen in der Halle gehört habe, habe er seinen Plan verworfen. «Der Nadelstreifenanzug ist nämlich gefüttert», verriet Feldmann. Dessen Tenü, schwarzes Hemd und Krawatte, gefiel der Ratspräsidentin **Karin Egli-Zimmermann** auch nicht schlecht. *tsc*

Datum: 08.07.2017

Schweiz am Wochenende

Limmattal-Zürich

Schweiz am Wochenende/Limmattal-Zürich
8953 Dietikon
058/ 200 57 57
www.limmattalerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 7'848
Erscheinungsweise: wöchentlich

Seite: 30
Fläche: 37'083 mm²

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65994974
Ausschnitt Seite: 1/1

Das Verteilen der Macht

Ist das politische System fertig entwickelt? Und wie sähe der nächste Schritt nach Proporz- und Frauenwahlrecht aus?

VON JIGME GARNE

Die Einführung des Proporz führte zu einer gerechteren Machtverteilung im Kanton Zürich. Kleine Parteien schafften den Sprung ins Parlament, was die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung besser abbildete. Fünf Jahrzehnte später folgte mit dem Frauenstimmrecht der nächste Schritt zu einem gerechteren Wahlsystem. Und heute?

Im Rahmen der Porporzfeier waren im «Forum» Kantonsräte, Regierungsräte und weitere Gäste zu kurzen Talks geladen. Sie äusserten sich unter anderem zur Frage, ob ein Stimmrecht für Junge ab 16 oder für Ausländer der nächste logische Schritt wäre.

Der ehemalige Regierungsrat Markus Notter (SP) wurde gleich zu Beginn sehr deutlich: «Demokratie heisst, alle zu beteiligen. Man braucht nicht gute Gründe, um jemanden einzuschliessen, sondern man braucht gute Gründe, um jemanden auszuschliessen.» Folglich müsste die Einführung eines Ausländerstimmrechts, mindestens auf kommunaler Ebene, der nächste Schritt sein. Ähnliches denkt Notter über die junge Bevölkerung: Ob die Jungen nun mit 14, 16 oder 18 Jahren alt genug zum Abstimmen sind, darüber könne man diskutieren. «Ich würde sagen, 16 Jahre wären angebracht.» In Notters 15-jährige Regierungszeit bis 2011 fiel die Einführung des «doppelten Pukelsheim» im Kanton Zürich 2006. Das führte zu einem gerechteren Wahlsystem, weil seither Stimmen wahlkreisübergreifend gezählt werden, was eine Benachteiligung kleiner Parteien aufhebt.

Markus Notter

Gerechteres Wahlsystem

Der geistige Vater der Zählmethode ist – nebst dem namensgebenden Mathematiker Friedrich Pukelsheim – der heutige Statthalter des Bezirks Zürich Mathis Kläntschi (Grüne). «Ich stellte damals fest, dass die Wahlkreiseinteilung verfassungswidrig war, weil viele Stimmen an Kleinparteien nicht berücksichtigt wurden», erzählte Kläntschi im Gespräch mit den Moderatoren Jakob Bächtold (stellvertretender Chefredaktor des «Landboten») und Dorothea Simeon (Radio SRF). Kläntschi legte eine Stimmrechtsbeschwerde ein – und bekam 2002 vom Bundesgericht recht. Auf das Ausländerstimmrecht angesprochen sagte Kläntschi, dies sei keine rechtliche, sondern eine politische Frage. Er findet: «Wir müssten generell ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Menschen, die lange hier leben, am politischen Entscheidungsprozess teilhaben.»

Mathis Kläntschi

Widerspruch folgte von Philipp Kutter (CVP). Während sich sein Tandempartner im Gespräch, Markus Bischoff (AL), für das Ausländerstimmrecht aussprach, sagte Kutter: «Integrierte Ausländer sollen ein Mitspracherecht erhalten, doch dafür sollen sie sich einbürgern.» Statt eines Ausländerstimmrechts würde er die Lockerung der Einbürgerungskriterien befürworten. Bischoff wie Kutter plauderten in der Folge aus dem Nähkästchen. Kutter: «Anders als im Nationalrat kann man bei uns immer das Wort ergreifen. Das nutze ich ehrlich gesagt auch gerne aus.»

Spitze gegen Regierungsrat

Im Kantonsrat ist die SVP-Faktion eine Macht. Roger Liebi (SVP) sagte im Gespräch über diese Machtverteilung: «Ich bin froh, dass wir dank unserer Grösse viel mitbestimmen können. Aber gleichzeitig bin ich auch froh, dass wir nicht alles alleine bestimmen. Ich bin Demokrat und würde das nicht wollen.» Nicht selten werden politische Entscheide zu einem Tauziehen zwischen Regierungs- und Kantonsrat. Welche von beiden Behörden nun mehr Macht hat, scheint nicht immer klar zu sein. So sagte Esther Guyer (Grüne), seit 1998 im Kantonsrat: «Wir entscheiden über Gesetze, welche die Regierung vorschlägt. Der Kantonsrat ist die oberste Behörde im Kanton. Auch wenn der Regierungsrat manchmal denkt, er sei der Entscheidungsträger.»

Eingeschränkte Macht

Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) erwiderte in einem anderen Gespräch: «In der Schweiz ist die Macht in allen Funktionen sehr eingeschränkt, und das zurecht.» In ihrer heutigen Funktion im Regierungsrat könne es schon vorkommen, dass sie sich über manche Fragen aus dem Kantonsrat aufregt. «Aber ich blicke auf viele Jahre parlamentarische Arbeit zurück und weiss, wie wichtig sie ist.»

Jacqueline Fehr

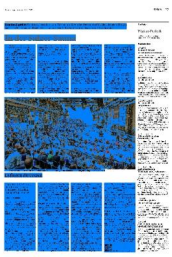
Regierungsratskollegin Silvia Steiner (CVP) strich die Bedeutung der Schulbildung heraus. «Demokratie bedeutet Chancengleichheit», sagte sie. Deshalb müsse die Schule mit dem Staatskundeunterricht das Verständnis für Politik in der Bevölkerung sicherstellen. Steiner hatte 2015 die Bildungsdirektion übernommen, von der viele dachten, sie werde Jacqueline Fehr zufallen.

Datum: 08.07.2017

Tages-Anzeiger

Tages-Anzeiger + ZRZ / Bildung
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 157'323
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 25
Fläche: 102'897 mm²

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65981812
Ausschnitt Seite: 1/3

Gesehen & gehört Der Kantonsrat feierte in Winterthur 100 Jahre Proporzwahlrecht. Die erste Sitzung ausserhalb von Zürich fand unter erschwerten Bedingungen statt. *Von Hannes Nussbaumer*

In der Sulzer-Sauna

Die kantonsrätliche Visite in Winterthur war ein Spektakel der vielen Premieren. Es war zum Beispiel für die aus Winterthur stammende SP-Justizdirektorin **Jacqueline Fehr** das erste und vermutlich letzte Mal, dass sie mit dem Velo zur Parlamentssitzung fahren konnte. Eine Premiere war auch der Anlass als Ganzes: Zum ersten Mal trat der Kantonsrat ausserhalb Zürichs zusammen. Sie freue sich sehr über den Besuch in Winterthur, sagte Fehr. Das Proporzwahlrecht, das gestern mit einer kantonsrätlichen Spezialsitzung gefeiert wurde, sei von Bauern und Arbeitern erstritten worden - da passe es, wenn das Jubiläum in einem Monument der Arbeitergeschichte begangen werde: in einer alten Sulzer-Halle.

Auch Winterthurs Stadtpräsident **Michael Künzle** (CVP) freute sich über das Fest in «seiner» Stadt - dass er selbst per Majorzwahl gewählt worden sei, hindere ihn nicht am Proporzfeiern, erklärte er. Der Besuch der kantonalen Politik in Winterthur, so Künzle, erinnere ihn an die alljährliche Schulreise des Bundesrats. Jene stösst immer auf grosses Publikumsinteresse. In Winterthur war es durchzogen, was Künzle dem Wetter zuschrieb.

*

Das Wetter beziehungsweise das Klima war Thema Nummer eins im Saal. Kein Wunder: Es herrschte eher Sauna- als Parlamentsklima - am Ende wurden in der Halle fast 36 Grad gemessen. Wer einen Fächer hatte - zum Beispiel Justizdirektorin Fehr oder FDP-Kantonsrätin **Linda Camenisch** -, gehörte zu den Privilegierten. Die anderen behalfen sich, indem sie sich mit den Akten Luft zufächelten. Dass sich das Parlament tenümässig etwas eigenwillig präsentierte, lässt sich vor diesem Hintergrund entschuldigen. Es gab Kantonsräte mit Shorts und andere mit durchgeschwitzten Hemden. Umso mehr fiel der freisinnige **Alex Gantner** auf: Er behielt standhaft das Jackett an. Ratspräsidentin **Karin Egli** (SVP) dankte zum Schluss für das «Ausharren in der Hitze». Das müssen auch die Tiere von Landwirt und EDU-Kantonsrat **Michael Welz.** In seinem Stall sei es ähnlich heiss wie in der Sulzer-Halle. Es gebe Landwirte, die würden Sprinkleranlagen in die Ställe bauen, erzählte er. Für das Parlament hält er eine solche Anlage für ungeeignet. Und überhaupt: In den Winterthurer Industrieanlagen hätten früher ohnehin ganz andere Temperaturen geherrscht. Trotzdem hätten die Arbeiter ausharren müssen. Es schade nicht, wenn auch die Parlamentarier einmal ein bisschen heiss hätten, fand Welz. «Sonst sitzen sie ja immer im klimatisierten Büro und erzählen nachher grünes Zeugs.»

*

Nach der Sitzung wurde es staatstragend. Wobei Regierungspräsident **Markus Kägi** (SVP) für seine Grussbotschaft zum Proporzfest einen populären Einstieg wählte - er zitierte ABBA: «The Winner Takes It All» - für Kägi sozusagen die Majorzhymne. Es gebe aber auch den Song «I Have a Dream». Es sei der Traum der kleinen Parteien, in den Parlamenten angemessen vertreten zu sein. Und diesen Traum erfülle das Proporzwahlrecht. Kägi hielt ein ebenso besonnenes Plädoyer für die Demokratie. Und er schloss mit ABBA: «Thank You for the Music.»

*

Es war ein harmonischer Feiertag - da wollte FDP-Präsident **Hans-Jakob Boesch** nicht ausscheren. Dabei hätte er Grund dazu gehabt: Für die Liberalen hatte die Einführung des Proporzwahlrechts zur Folge, dass sie die Hälfte ihrer Parlamentssitze verloren. Trauert er dem Majorz nach? Er lacht. «Nein. Der Proporz ist eine gute Sache. Wir kämpfen nun um Sitze in diesem System. Nostalgie gibt es keine.»

Datum: 08.07.2017

Tages-Anzeiger

Tages-Anzeiger + ZRZ / Bildung
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

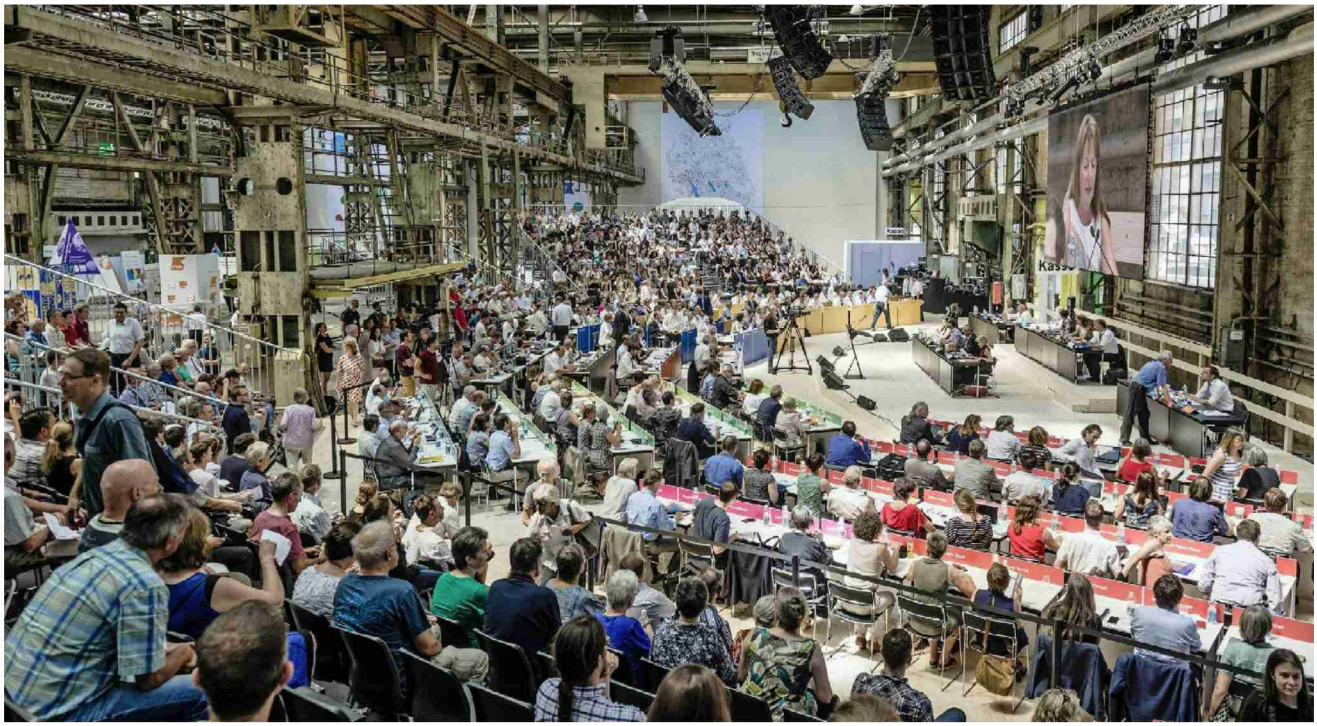
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 157'323
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 25
Fläche: 102'897 mm²

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65981812
Ausschnitt Seite: 2/3



Rund 500 Zuschauer konnten in der Winterthurer Sulzer-Halle die sonst geheime Kommissionssitzung mitverfolgen. Foto: Raisa Durandi

Es flogen die Fetzen

Erstmals war die Sitzung einer Kommission des Kantonsrats öffentlich. Es ging heftig zur Sache.

Pascal Unternährer

Winterthur, 11 Uhr, 29 Grad. Ein etwas verlorenes Grüppli schreibt in der riesigen früheren Sulzer-Giessereihalle Zürcher Parlamentsgeschichte. Zum ersten Mal darf einer Kommissionssitzung Publikum beiwohnen. Auf den zum 100-Jahr-Proporz-Jubiläum errichteten Tribünen für 500 Zuschauer nehmen unter anderen zwei Schulklassen Platz. Jean-Philippe Pinto (CVP), Präsident der 15-köpfigen Kommission, sagt «Bitte nehmt Platz» und stellt verdutzt fest, dass alle schon sitzen und ihm zuhören. «Wäre das doch jeden Freitag so», seufzt er.

Diese Sitzungen sind sonst geheim. Hier sollen alle frisch von der Leber reden und «dumme» Fragen stellen können, ohne sich zu blamieren. In der Kommission werden die politischen Geschäfte aber mehr als nur vorgespurt. Deren Entscheide werden im Plenum fast nie gekippt. In der (öffentlichen) Parlamentsdebatte, das gibt man hinter vorgehaltener Hand gerne zu, spricht man vor allem für die Galerie.

Die Kommission hat sich gestern ein zum Anlass passendes Thema ausgesucht. Claudio Schmid (SVP) will bei den Wahlen ein 3-Prozent-Quorum einführen: Erzielt eine Partei kantonsweit weniger Wähleranteil, kommt sie nicht ins Parlament. So wären letztmals die AL, EDU und BDP ganz rausgefallen - und die SVP hätte 6 Sitze mehr erzielt.

«Es geht dir nur um die Macht»

Zunächst stellt Silvia Rigoni (Grüne) den Antrag, Hochdeutsch zu sprechen. Pinto votiert für Mundart («wie immer») und lässt abstimmen: 10:5 für Schweizerdeutsch. Dann gehts zur Sache. Schmid warnt vor «unberechenbaren Splitterparteien» und argumentiert mit der Effizienz. Störend sei auch, wenn sich eine Partei nur auf einen Wahlkreis konzentriere, um in den Rat zu kommen - heute reiche dafür ein 5-Prozent-Anteil in einem der 18 Kreise. Gleichzeitig bleibe eine Partei, welche überall 4 Prozent erziele, draussen, kritisiert Schmid und nennt ein Beispiel: Die Schweizer Demokraten (SD) haben bei der Zürcher Gemeinderatswahl 2006 ganz auf einen Wahlkreis gesetzt - mit Erfolg. Sie zogen zu dritt ins Parlament, während die Grünliberalen trotz höherem Wähleranteil leer ausgingen. Vom heutigen GLP-Vertreter Jörg Mäder muss sich Schmid allerdings das anhören: «Claudio, du hast dein Anliegen wunderschön verpackt. Aber es geht dir nur um die Macht.» Mäder spricht sich gegen jegliche Zugangsschranken aus und kündigt gleich einen entsprechenden Vorstoss an. Gespannt wartete man auf die Meinungsäusserung der drei Sozialdemo-

Datum: 08.07.2017

Tages-Anzeiger

Tages-Anzeiger + ZRZ / Bildung
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 157'323
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 25
Fläche: 102'897 mm²

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65981812
Ausschnitt Seite: 3/3

kratinnen in der Kommission. Denn die SP hatte kürzlich in Zürich gegen die Abschaffung der 5-Prozent-Hürde gekämpft. Die kantonalen Genossinnen scheinen offener, obwohl auch die SP vom schmidschen Quorum profitieren würde. Renate Büchi kann sich gar eine Wahl ohne jegliches Quorum vorstellen. Céline Widmer (SP) findet die 3 Prozent zu hoch, verschliesst sich einem Quorum aber nicht grundsätzlich. Kurz: Ja zu Klein-, Nein zu Kleinstparteien.

Bei den kleinen Parteien ist der Fall klarer: «Claudio Schmid will uns abschaffen», sagt Walter Meier, dessen EVP stets quorumsgefährdet ist. Sonja Gehrig (GLP) spricht vom «Machtgetue der grossen bürgerlichen Parteien», Pinto von der «Arroganz der Macht», und Regula Kaeser (Grüne) lobt die Kompetenz der AL-Vertreter.

Dagegen halten die SVP-Vertreter und Martin Farner (FDP), der sagt, weniger Parteien im Rat bedeuteten ein grösseres Tempo und weniger Kosten.

Die ebenfalls anwesende Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP) hört zu, gibt kurze Statements ab und lässt einen Statistiker aufzeigen, dass im jetzigen Wahlsystem 99,3 Prozent der Stimmen zu einem Sitz führen, während mit einem 3-Prozent-Quorum 9 Prozent der Stimmen für den Papierkorb wären.

Zur Enttäuschung des Publikums gibts dann aber keine Abstimmung, sondern nur die Bitte Pintos an die Kommissionsmitglieder, ihre Parteien zu konsultieren. «Nach den Sommerferien gehts weiter», kündigt der Präsident an. Seine Bilanz nach der knapp zweistündigen Sitzung: «Es war weniger aggressiv, dafür disziplinierter als üblich.»

Kantonsrat in der «Fremde»

Am Nachmittag tagte das Plenum in der Halle – erstmals ausserhalb Zürichs (und nur zu Winterthurer Themen). Der Rat machte Druck für eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der neuen Kantonsschule Büelrain und sprach sich für eine Erschliessung von Winterthurs neuem Zentrum Neuhegi-Grüze aus. Dabei stritt er zwei Stunden lang darüber, ob für eine Brücke auch eine Variante im Richtplan festgehalten werden soll – das Resultat: Ja. Um 17 Uhr, bei 35,8 Grad, war Schluss.

Wer weiss, vielleicht verschlägts den Kantonsrat 2030 ins Zürcher Oberland – zum 200-Jahr-Jubiläum des Ustertags.

Bilder Historische Sitzungen des Zürcher Kantonsrats

kantonsrat.tagesanzeiger.ch

Datum: 08.07.2017

Zürcher Oberländer

Hauptausgabe

Zürcher Oberländer
8620 Wetzikon ZH
044/ 933 33 33
zueriost.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 21'012
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 18
Fläche: 24'339 mm²

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65994772
Ausschnitt Seite: 1/1

Höhere Wahlhürde chancenlos

KOMMISSION Einzig SVP- und FDP-Vertreter wollen kleinen Parteien den Eintritt in den Kantonsrat erschweren. Die GLP hingegen will keine Wahlhürde mehr.

Was in kantonsrätlichen Kommissionssitzungen besprochen wird, ist normalerweise streng geheim. Gestern war es ausnahmsweise anders: Die 15-köpfige Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) tagte anlässlich des Proporzjubiläums öffentlich. Das ging aus rechtlichen Gründen nicht ohne Weiteres, wie der Leiter der Parlamentsdienste, Moritz von Wyss, auf Anfrage sagte.

Jedes einzelne Kommissionsmitglied musste schriftlich sein Einverständnis geben. Zudem war das Okay der kantonsrätlichen Geschäftsleitung nötig. «Hätte eine einzige Person Nein gesagt, hätten wir die öffentliche Sitzung streichen müssen», sagte von Wyss. STGK-Präsident Jean-Philippe Pinto (CVP) sprach denn auch von einer «historischen Sitzung». Seit 1833 finde erstmals so etwas statt.

Die STGK hat sich ein passendes Geschäft zum Proporzjubiläum ausgesucht: einen Vorstoss zur Wahlhürde für den Kantonsrat. Heute muss eine Partei in einem der 18 Wahlkreise mindestens 5 Prozent Wähler haben, um in den Kantonsrat zugelassen zu werden. Zu beraten hatte die STGK den Vorstoss von SVP und FDP, welche den Zugang erschweren wollen. Sie verlangen einen Wähleranteil von 3 Prozent im ganzen Kanton.

Gut für die Grossen

Der Leiter des Statistischen Amtes erläuterte gestern, was das hiesse. AL, EDU und BDP verlören ihre Sitze, während die grossen Parteien kräftig zulegen könnten. Die heutige Hürde ist proporzfreundlicher: 99,3 Prozent aller Stimmen können in Sitze umgemünzt werden. Mit einer 3-Prozent-Hürde wären es nur noch 91 Prozent. Fazit: 9 Prozent der Stimmen gingen verloren.

Weniger Demokratie

«Dieser Vorschlag geht ins Herz des Proporzes und bringt nicht mehr, sondern weniger Demokratie», entgegnete Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) den Befürwortern. Sie nahm, wie es üblich ist, mit Verwaltungsleuten an der Sitzung teil. Erstunterzeichner Claudio Schmid (SVP) durfte als Gast der STGK sein Anliegen vertreten.

Das heutige System habe einen Fehler, sagte er. Es führe zur Zersplitterung das Kantonsrates in zu viele Fraktionen. Dies mache das Parlament ineffizient. Schützenhilfe erhielt er einzig von Parteikollegen und der FDP. Die Gegner sind also in der Mehrheit in der STGK.

Jörg Mäder (GLP) brachte den radikalsten Vorschlag ein. Er will gar keine Hürde mehr, also auch die heutige abschaffen. Dies stiess bei den Grünen auf Sympathien. «Ich persönlich könnte gut leben ohne Quorum», sagte auch SP-Vertreterin Renate Büchi. Ihre Parteikollegin Céline Widmer war sich da aber nicht so sicher. Einig sind sich aber beide in der Ablehnung der 3-Prozent-Hürde. EVP-Vertreter Walter Meier ärgerte sich darüber, dass ausgerechnet am Proporzjubiläum ein Vorstoss behandelt wird, «der uns abschaffen will». «Ein Witz», fand er.

Ohne einen Beschluss zu fassen, vertagte die STGK das Thema auf eine spätere Sitzung und behandelt noch die unbestrittene Fusion von Elgg und Hofstetten. Sie empfahl dem Ratsplenum einstimmig ein Ja.

Thomas Schraner

Datum: 07.07.2017

Der Bund

Online - Ausgabe

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch/

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 354'000
Page Visits: 2'155'631

Web Ansicht

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65992471
Ausschnitt Seite: 1/5

« Claudio Schmid will uns abschaffen »

Erstmals war die Sitzung einer Kommission des Kantonsrats öffentlich. Es ging heftig zur Sache.

Feier 100 Jahre Verhältniswahlrecht

Ratssitzungen und Fest auf dem Sulzerareal in Winterthur.

Feier 100 Jahre Verhältniswahlrecht Ein historisches Bild: Erstmals in der Geschichte des Zürcher Kantonsrats, also seit 1833, tagte dieser ausserhalb Zürichs: in Winterthur. Bild: Raisa Durandi (18 Bilder)

Pascal Unternährer

Redaktor Zürich

@tagesanzeiger Aktualisiert vor 16 Minuten

Winterthur, 11 Uhr, 29 Grad Celsius. Ein etwas verlorenes Grüppli schreibt in der riesigen früheren Sulzer - Giessereihalle Zürcher Parlamentsgeschichte. Zum ersten Mal darf Publikum einer Kommissionssitzung beiwohnen. Auf den zum 100 - Jahr - Proporz - Jubiläum errichteten Tribünen für 500 Zuschauer nehmen unter anderen zwei Schulklassen Platz. Jean - Philippe Pinto (CVP), Präsident der 15 - köpfigen Kommission, sagt « Bitte nehmt Platz » und stellt verdutzt fest, dass alle schon sitzen und ihm zuhören. « Wäre das doch jeden Freitag so » , seufzt er.

Diese Sitzungen sind sonst geheim. Hier sollen alle frisch von der Leber reden und « dumme » Fragen stellen können, ohne sich zu blamieren. In der Kommission werden die politischen Geschäfte aber mehr als nur vorgespurt. Deren Entscheide werden im Plenum fast nie gekippt. In der (öffentlichen) Parlamentsdebatte, das gibt

Datum: 07.07.2017

Der Bund

Online - Ausgabe

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch/

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 354'000
Page Visits: 2'155'631

Web Ansicht

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65992471
Ausschnitt Seite: 2/5

man hinter vorgehaltener Hand gerne zu, spricht man vor allem für die Galerie.

Die Kommission hat sich gestern ein zum Anlass passendes Thema ausgesucht. Claudio Schmid (SVP) will bei den Wahlen ein 3 - Prozent - Quorum einführen: Erzielt eine Partei kantonsweit weniger Wähleranteil, kommt sie nicht ins Parlament. So wären letztmals die AL, EDU und BDP ganz rausgefallen – und die SVP hätte 6 Sitze mehr erzielt.

« Es geht dir nur um die Macht »

Zunächst stellt Silvia Rigoni (Grüne) den Antrag, Hochdeutsch zu sprechen. Pinto votiert für Mundart (« wie immer ») und lässt abstimmen: 10:5 für Schweizerdeutsch. Dann gehts zur Sache. Schmid warnt vor « unberechenbaren Splitterparteien » und argumentiert mit der Effizienz.

Störend sei auch, wenn sich eine Partei nur auf einen Wahlkreis konzentriere, um in den Rat zu kommen – heute reiche dafür ein 5 - Prozent - Anteil in einem der 18 Kreise. Gleichzeitig bleibe eine Partei, welche überall 4 Prozent erziele, draussen, kritisiert Schmid und nennt ein Beispiel: Die Schweizer Demokraten (SD) haben bei der Zürcher Gemeinderatswahl 2006 ganz auf einen Wahlkreis gesetzt – mit Erfolg. Sie zogen zu dritt ins Parlament, während die Grünliberalen trotz höherem Wähleranteil leer ausgingen.

Vom heutigen GLP - Vertreter Jörg Mäder muss sich Schmid allerdings das anhören: « Claudio, du hast dein Anliegen wunderschön verpackt. Aber es geht dir nur um die Macht. » Mäder spricht sich gegen jegliche Zugangsschranken aus und kündigt gleich einen entsprechenden Vorstoss an.

Gespannt wartete man auf die Meinungsäusserung der drei Sozialdemokratinnen in der Kommission. Denn die SP hatte kürzlich in Zürich gegen die Abschaffung der 5 - Prozent - Hürde gekämpft. Die kantonalen Genossinnen scheinen offener, obwohl auch die SP vom schmidschen Quorum profitieren würde. Renate Büchi kann sich gar eine Wahl ohne jegliches Quorum vorstellen. Céline Widmer (SP) findet die 3 Prozent zu hoch, verschliesst sich einem Quorum aber nicht grundsätzlich. Kurz: Ja zu Klein - , Nein zu Kleinstparteien.

Bei den kleinen Parteien ist der Fall klarer: « Claudio Schmid will uns abschaffen » , sagt Walter Meier, dessen EVP stets quorumsgefährdet ist. Sonja Gehrig (GLP) spricht vom « Machtgetue der grossen bürgerlichen Parteien » , Pinto von der « Arroganz der Macht » , und Regula Kaeser (Grüne) lobt die Kompetenz der AL - Vertreter.

Dagegen halten die SVP - Vertreter und Martin Farner (FDP), der sagt, weniger Parteien im Rat bedeuteten ein grösseres Tempo und weniger Kosten. Die ebenfalls anwesende Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP) hört zu, gibt kurze Statements ab und lässt einen Statistiker aufzeigen, dass im jetzigen Wahlsystem 99,3 Prozent der Stimmen zu einem Sitz führen, während mit einem 3 - Prozent - Quorum 9 Prozent der Stimmen für den Papierkübel wären.

Zur Enttäuschung des Publikums gibts dann aber keine Abstimmung, sondern nur die Bitte Pintos an die Kommissionsmitglieder, ihre Parteien zu konsultieren. « Nach den Sommerferien gehts weiter » , kündigt der Präsident an. Seine Bilanz nach dieser knapp zweistündigen Sitzung: « Es war weniger aggressiv, dafür disziplinierter als üblich. »

Kantonsrat in der « Fremde »

Am Nachmittag tagte das Plenum in der Halle – erstmals ausserhalb Zürichs (und nur zu Winterthurer Themen). Der Rat machte Druck für eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der neuen Kantonsschule Büelrain und sprach sich für eine Erschliessung von Winterthurs neuem Zentrum Neuhegi - Grüze aus. Dabei stritt er zwei Stunden lang darüber, ob für eine Brücke auch eine Variante im Richtplan festgehalten werden soll – das Resultat: Ja. Um 17 Uhr, bei 35,8 Grad, war Schluss.

Datum: 07.07.2017

Der Bund

Online - Ausgabe

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch/

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 354'000
Page Visits: 2'155'631

Web Ansicht

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65992471
Ausschnitt Seite: 3/5

Wer weiss, vielleicht verschlägts den Kantonsrat 2030 ins Zürcher Oberland – zum 200 - Jahr - Jubiläum des Ustertags. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 07.07.2017, 21:45 Uhr

ANHANG: Bildstrecke

2 18

Es war drückend heiss in der Giessereihalle 53 im ehemaligen Sulzer - Areal Stadtmitte: die SP - Fraktion und... Bild: Raisa Durandi

3 18

...der etwas verwaiste SP-Stand in der Festhalle. Bild: Raisa Durandi

4 18

Konzentriertes Zuhören der Votanten, im Vordergrund SVP - Kantonsrat Claudio Schmid. Bild: Raisa Durandi

Datum: 07.07.2017

Der Bund

Online - Ausgabe

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch/

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 354'000
Page Visits: 2'155'631

Web Ansicht

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65992471
Ausschnitt Seite: 4/5

5 18

Grüne und Grünliberaler nebeneinander: Gabi Petri und Michael Zeugin. Bild: Raisa Durandi

6 18

Fröhliche Begegnungen: Jürg Trachsel (SVP) unterhält sich mit einem Ratskollegen. Bild: Raisa Durandi

7 18

Interessiertes Zuhören: Schulklassen bevölkerten die zwei Tribünen mit einem Fassungsvermögen von 500 Zuschauern. Bild: Raisa Durandi

Datum: 07.07.2017

Der Bund

Online - Ausgabe

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch/

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 354'000
Page Visits: 2'155'631

Web Ansicht

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65992471
Ausschnitt Seite: 5/5

8 18

Die Sicherheit wurde grossgeschrieben: Kantonspolizisten bei der Eingangskontrolle. Bild: Raisa Durandi

Heute feiert ZH 100 Jahre Proporzwahlrecht

Sendung: Regjournal ZH/SH 12.03

Zu diesem Anlass tagt der Kantonsrat in Winterthur, zudem findet erstmals eine öffentliche Kommissionssitzung im Beisein RR Jacqueline Fehr statt

Datum: 07.07.2017

Radio SRF 1

Radio SRF 1
8042 Zürich
044/ 366 11 11
www.srf.ch/radio-srf-1

Medienart: Radio/TV
Medientyp: Radio
Sendezeit: 17:30
Sprache: Dialekt

Grösse: 4.0 MB
Dauer: 00:04:19

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65977998
Ausschnitt Seite: 1/1

Heute wurde in Winterthur hundert Jahre Proporzwahl in ZH gefeiert

Sendung: Regjournal ZH/SH 17.30

In der Halle 53 war auch eine Ausstellung zu diesem Thema zu sehen, die nun auf Wanderschaft geht. Statements, darunter Justizdirektorin Jacqueline Fehr

Datum: 07.07.2017

TELE ZÜRI

TeleZüri
8031 Zürich
044/ 447 24 24
www.telezueri.ch

Medienart: Radio/TV
Medientyp: TV
Sendezeit: 18:00
Sprache: Dialekt

Grösse: 73.9 MB
Dauer: 00:03:46

Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 65978240
Ausschnitt Seite: 1/1

Erstmals in seiner Geschichte tagte heute der Kantonsrat nicht in Zürich, sondern in Winterthur

Sendung: ZüriNews

Anlass war 100 Jahre Proporzwahlrecht

Angesprochen und im Bild: Jacqueline Fehr

Der Landbote

LIVE-TICKER

Demokratiefest: Ein heisser Tag geht zu Ende

Heute ist Winterthur für einen Tag das politische Zentrum des Kantons. Die Feier «100 Jahre Proporz» in der Halle 53 weckt Begeisterung. Doch nicht alle stimmen in den Chor ein.

Volle Ränge in der Halle 53 während der Begrüssungsansprache von Felix Landolt (SP), Präsident des Winterthurer Gemeinderats. Bild: Madeleine Schoder

Liveticker aktualisiert automatisch – letzte Meldung vor wenigen Sek.

STURM AUF DIE BAR.

Mit diesem Bild vom Sturm auf die Bar verabschieden wir uns für heute. Mehr heute Abend im Web und morgen in der Printausgabe.

SCHLUSSGLOCKE UM 17:05

Kantonsratspräsidentin Karin Egli-Zimmermann (SVP) läutet die Glocke. Die Sitzung ist vorbei.

RÜCKTRITT VON NIK GUGGER

Nik Gugger (EVP, Winterthur) stellt seinen Rücktrittsantrag per 2. Oktober 2017, weil er für Maja Ingold in den Nationalrat nachrückt.

DER TREUSTE FAN

Einer hält durch auf der Tribüne: Stadtpräsident Mike Künzle (CVP): «Ich werde ständig gefragt, ob ich mir erhoffe, dass der Kantonsrat nun häufiger nach Winterthur kommt», sagt er. Er findet, das sei nicht nötig: «einerseits wegen der hohen Kosten.

08:36

Artikel zum Thema

«Eine teure Schulreise»

Winterthur Die Kulisse zur Proporz-Feier in der Halle 53 ist beeindruckend. Doch aus der Nachbarschaft regt sich Kritik an den Kosten. Mehr...

Von Michael Graf . 06.07.2017

Höhere Wahlhürde chancenlos

Zürich Einzig SVP- und FDP-Vertreter wollen kleinen Parteien den Eintritt ins den Kantonsrat erschweren. Die GLP hingegen will keine Wahlhürde mehr. Mehr...

Von Thomas Schraner . 13:17

Andererseits ist der heutige Tag speziell, gerade weil er aussergewöhnlich ist.»

UNVOLLSTÄNDIGE VORSTELLUNGSRUNDE DER PARTEIEN

Die weiteren Parteien können wir nicht mehr vorstellen: Alle waren da in der Demokratiehalle und haben sich präsentiert.

Es war heute schlicht zu viel los, um alle berücksichtigen zu können...

HAUPTTRIBÜNE LEER, DAS BIER FLIESST.

Inzwischen hat sich auch die andere Haupttribüne geleert. Der Richtplaneintrag, im Parlament heftig diskutiert, reisst das Publikum nicht im gleichen Masse mit. Oder ist es nur die Hitze?Dafür wird viel Bier verkauft. Das Wochenende lockt und "kein Bier vor vier" ist kein Argument mehr.

KRITIK FÜR STADTRAT AUF EIGENEM BODEN

Der Winterthurer Stadtrat muss sich auf eigenem Boden harte Kritik anhören: Dass er bei der Erschliessungsvariante für Neuhegi einen "Plan B" in den Richtplan eintragen will (Vorstoss Nik Gugger, EVP) sei unmöglich, finden mehrere Mitglieder der Verkehrs- und Umweltkommission. Mit "überzeichneten Schreckensszenarien" stifte der Stadtrat in letzter Minute Unruhe und bringe eine "völlig unsinnige Variante" wieder ins Spiel. Nik Gugger verteidigt sich und spricht angesichts der Kritik von einem "Prügelfreitag". Baustadtrat Josef Lisibach (SVP) schüttelt den Kopf: "Was da erzählt wird, stimmt nur zur Hälfte." Aber sogar der Nachbar und Parteikollege, Martin Hübscher (SVP) aus Wiesendangen prügelt mit: "Das gleicht einem Schildbürgerstreich."

KÜHLES LÜFTCHEN

Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) betritt mit Fächer in der Hand das Forum.

Fehr ist der letzte Gast der Gesprächsreihe, in der neben den Tribünen seit morgen Politikerinnen und Politiker befragt wurden. Für Fehr ist es ein Heimspiel, sie kennt viele der Zuhörerinnen und Zuhörer mit Namen.

«Als wir drei Frauen neu in den Regierungsrat gewählt wurden, haben wir einige alte Zöpfe abgeschnitten», erzählt sie aus dem Alltag des Regierungsrats. So ist es seither etwa nicht mehr üblich, dass sich die Regierungsmitglieder während den Sitzungen siezen.

HEISS, HEISSER, HALLE 53

Wir nähern uns der 36-Grad-Marke.

ALLES SICHER

Der Einsatzleiter der Kantonspolizei, Marcel Frei, und der Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) auf Inspektionstour durch die Halle. An der Eingangskontrolle und an einigen Punkten in der Halle stehen Beamte im Einsatz. «Alles läuft gut, auch die Zusammenarbeit mit der

Stadtpolizei Winterthur ist bestens», sagt Frei.

KURZES INTERESSE

Das Interesse des Publikums war von kurzer Dauer. Die eine Tribüne, auf der vor allem Schülerinnen und Schüler der Kanti Büelrain den Anfang der Kantonsratssitzung mitverfolgt haben, ist nach 40 Minuten bereits wieder leer.

TEMPERATUR: 35,2 GRAD

Jetzt ist es tropisch...

14:50 Uhr: 35,2 Grad

LUFT HER

Das Accessoire des heutigen Tages: der Fächer.

SITZUNG BEGINNT

Nach einer Begrüssung durch den Winterthurer Stadtpräsidenten Michael Künzle (CVP) und den Präsidenten des Winterthurer Gemeinderats Felix Landolt (SP) hat nun die Kantonsratspräsidentin Karin Egli-Zimmermann (SVP) die Sitzung eröffnet.

VIEL PUBLIKUM

Der Höhepunkt des Tages beginnt: die Kantonsratssitzung. Überraschend schnell hat sich die Halle noch gefüllt. Dei Tribünen sind gut besetzt.

TEMPERATUR UM 13:30 UHR

In einer Stunde startet die Kantonsratssitzung – und die Temperatur steigt weiter.

13:30 Uhr: 31,5 Grad Unser Gefühl: Zeit für ein Glacé.

BEIZ VOLL

Während über Mittag in der Halle 53 eher Leere herrscht (weil die Schulklassen verschwunden sind), läuft das Bistro auf Hochtouren. Jeder Platz besetzt.

PARTEIEN STELLEN SICH VOR: GRÜNE

Martin Neukom (Grüne, Winterthur) auf dem Bild parteiübergreifend am Herumalbern mit Ratskollege Jürg Mäder (GLP, Opfikon): «Super Anlass hier! Gut, dass man die Demokratie ins Gespräch bringt. Apropos Proporz muss ich aber gleich sagen: Der Vorstoss von FDP und SVP will eine zusätzliche Wahlhürde einführen. Kleinparteien mit unter 3 % Wähleranteil sollen ausgeschlossen werden. Dadurch würden FDP und SVP das absolute Mehr erreichen. Ganz im Widerspruch zur Proporzidee, die wir hier heute feiern. Ausgerechnet dieses Geschäft wurde an der heutigen, öffentlichen Kommissionssitzung diskutiert. Das passt wie die Faust aufs Auge.»

AUS DER SITZUNG DER KOMMISSION STAAT UND GEMEINDEN

Die Kommission spricht sich einstimmig für die Gemeindefusion Elgg-Hofstetten aus. Dies tat das 15-köpfige Gremium auf Antrag von Walter Meier (EVP, Uster), der auf Ratseffizienz pochte. Nun muss noch der gesamte Kantonsrat über das Traktandum entscheiden. Ratseffizienz war zuvor ein ein Thema, als es um die 3%-Hürde bei Kantonsratswahlen ging, welche die SVP wünscht. Dort lautete der Tenor, Effizienz dürfe bei einem Ratsbetrieb nicht im Vordergrund stehen. In der Demokratie müssten alle zu Wort kommen können.

Dies ist eine Entscheidung der erstmals öffentlich tagenden Kommissionssitzung, die heute in auf dem Sulzerareal in Winterthur stattgefunden hat.

Und hier ein erster kurzer Artikel zu diesem Entscheid.

PARTEIEN STELLEN SICH VOR: GLP

Wir waren am Stand der Grünliberalen, die sich auch in der Halle 53 vorstellen.

Michael Zeugin, GLP-Kantonsrat, erklärt: «Dank des Proporzwahlrechts haben wir eine so bunte Parteienvielfalt. Das macht die Politik der Schweiz aus. Auch darum finden wir immer wieder so ausgewogene Lösungen, die uns vorwärts bringen.»

NOCH WENIG PUBLIKUM

Die erste öffentliche Kommissionssitzung stösst noch nicht auf riesiges Interesse. Auf den Tribünen hat es noch viel Platz.

ROGER LIEBI ÜBER

Was bedeutet Demokratie für Roger Liebi, SVP-Kantonsrat aus Zürich?

DEMOKRATIE

TEMPERATUR UM 11:30 UHR

Im Ratssaal läuft unterdessen die öffentliche Sitzung der Kommission Staat und Gemeinden. Ebenfalls eine Premiere: Solche Sitzungen sind normalerweise geheim.

Und die Temepratur in der Halle steigt...

11:30 Uhr: 30,3 Grad. Unser Temperaturgefühl: Jetzt ist man froh um ein Papier, das man als Fächer nutzen kann.

LIEBI WILL KEINE SVP-ALLEINHERRSCHAFT

Und wer hat die Macht im Kantonsrat? «Ich bin froh, dass wir dank unserer Fraktionsgrösse viel mitbestimmen können», sagt SVP-Kantonsrat Roger Liebi. «Aber ich bin auch froh, dass wir nicht alles alleine bestimmen können. Ich bin Demokrat und würde das nicht wollen.» Für solche Verhältnisse gebe es genügend negative Beispiele in anderen Ländern.

GUYER MIT SPITZE GEGEN REGIERUNG

Wer hat mehr Macht im Kanton, der Kantonsrat oder der Regierungsrat? Für Esther Guyer, seit 1998 für die Grünen im Parlament, ist klar: «An sich ist das Parlament die oberste Behörde.» Es entscheide über Gesetze, während die Regierung diese vorschlage – «auch wenn die Regierung manchmal denkt, sie sei der Entscheidungsträger».

Guyer untermauert ihre Kritik: «Nach so vielen Jahren im Kantonsrat muss ich sagen: Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament war schon besser als im Moment.»

TEMPERATUR UM 10:45 UHR

Es wurde im Vorfeld ja gerätselt, wie fest die Kantonsrätinnen und Kantonsräte hier in der Halle schwitzen müssen. Wir messen nach...

10:45 Uhr: 27,6 Grad. Unser Temperaturgefühl: noch recht angenehm

REGES TREIBEN

In der Halle herrscht unterdessen Betrieb. Es sind vor allem Schülerinnen und Schüler da, dazu einige eher ältere Personen.

MARKUS NOTTER ÜBER DEMOKRATIE

Im «Forum» in der Halle 53 sind heute eine ganze Reihe von Politikerinnen und Politikern zu Gast und stehen dem Publikum Red und Antwort. Wir fragen einige: Was bedeutet für Sie Demokratie?

Den Anfang macht Markus Notter (SP), ehemaliger Regierungsrat:

STIMMRECHT AB 16?

Der ehemalige Regierungsrat Markus Notter (SP) würde das Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren befürworten, wie er vor einer Oberstufenklasse aus Rikon, Zell, ausführt. «Demokratie heisst, alle zu beteiligen», so Notter. «Man braucht gute Gründe, um jemanden davon auszuschliessen.» Ob man mit 14, 16 oder 18 Jahren alt genug ist, darüber könne man diskutieren. Er halte das Alter 16 für angebracht. Im Übrigen denke er über das Ausländerstimmrecht ähnlich: «Zumindest auf kommunaler Ebene müssten wir das heute schon einführen, finde ich.»

HITZEFREI!

Silvia Steiner gibt nun schon der vierten Klasse Auskunft. Eine Frage, die immer kommt: «Warum gibt es nie hitzefrei?» Steiner erklärt immer, dass es diese Regelung nur früher gegeben hat.

In der Halle ist es übrigens (bis jetzt noch) angenehm warm...

Mehr anzeigen...

(mst)

(Erstellt: 07.07.2017, 08:36 Uhr)

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein

Ein Kosovare wird nicht vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen – entgegen der Regel SEITE 20

Zürich ist einzigartig – in keiner anderen Stadt gibt es alle vier mitteleuropäischen Leuchtkäferarten SEITE 21

Es ist schwierig mit der Demokratie

Hundert Jahre nach der ersten Proporzwahl feiert der Kanton in Winterthur

Der Ansturm auf das Fest der Demokratie in Winterthur hat sich in Grenzen gehalten. Das Thema war wohl doch zu komplex. Am besten zog noch die Debatte des Kantonsrats.

ADI KÄLIN

Schwitzen bei Temperaturen weit über 30 Grad: SVP-Kantonsräte und Publikum in Winterthur. ANNICK RAMP / NZZ

Der ehemalige Regierungsrat Markus Notter konnte einem leidtun: Im Forum musste er am Freitag einer Schulklasse erklären, was es mit dem Pukelsheim-Verfahren auf sich hat, mit dem die Kantonsratssitze auf die Parteien verteilt werden. Man wollte danach lieber nicht nachfragen, ob die detaillierten Ausführungen tatsächlich verstanden worden waren. Dass er damals die offizielle Bezeichnung für das Wahlsystem zu «doppelter Pukelsheim» verballhornt hatte, leuchtete aber allen ein. Eigentlich heisst es ja «doppeltproportionale Divisormethode mit Standardrundung».

Der Kantonsrat hatte «die ganze Bevölkerung zur Teilnahme herzlich eingeladen». Bei der Jubiläumssitzung waren die 500 Plätze recht gut belegt; zuvor allerdings hatten nur ein paar Dutzend Besucher den Weg in die Ausstellung gefunden. Wären die ebenfalls eingeladenen Schulklassen nicht gewesen, hätte die ehemalige Giessereihalle 53 in Winterthur doch sehr öde gewirkt. Für die Kinder gab es einen Politparcours und ein «Majorzo- und Proporzophon», mit dem die Wahlsysteme zum Klingen gebracht werden konnten.

Eher für Erwachsene gedacht war die erste öffentliche Sitzung einer Kantonsratskommission, die entsprechend als grosse Sensation angepriesen worden war. Unter anderem ging es um eine parlamentarische Initiative von Claudio Schmid (svp.), mit der die heutige Wahlhürde erhöht werden soll – was den kleineren Parteien den Einzug in den Kantonsrat vereiteln würde. Schmid findet, das heutige System sei willkürlich und die Ausgestaltung der 5-Prozent-Hürde, die lediglich in einem Wahlkreis erreicht werden müsse, «ein Fehler im Gesetz». Deshalb schlägt er eine 3-Prozent-Hürde über den ganzen Kanton vor.

Wäre schon 2015 so gewählt worden, wären BDP, EDU und AL nicht im Kantonsrat vertreten. Heute sind 0,7 Prozent der Wählerstimmen nicht im Rat repräsentiert, nach Schmids System wären es über 9 Prozent. Das zentrale Argument der Befürworter war, dass die vielen kleinen Parteien den Ratsbetrieb behinderten und ineffizient machten. Die Gegenseite fand, man müsse neuen Strömungen und Parteien eine Chance geben und dürfe sie nicht von Anfang an abwürgen. Die grossen Parteien wollten doch nur ihre Macht sichern, hiess es.

Die Diskussionen in der Kommission für Staat und Gemeinden passten selbstverständlich hervorragend zum Jubiläumsthema, denn wie bei der Einführung des Proporzes geht es ja bei der Gestaltung des Quorums darum, ob und wie man kleinere Gruppierungen an der Politik teilhaben lassen will. Abgestimmt wurde nicht, doch es zeichnete sich ab, dass nur SVP und FDP die Erhöhung der Hürde unterstützen werden.

Zentrales Element der Ausstellung ist ein Weg der Demokratie, bei dem nicht nur die Stationen bis zur Einführung der Proporzwahl geschildert werden, sondern auch der Kampf für das neue Pukelsheim-Verfahren. Dabei wird gleich noch das Geheimnis gelüftet, dass dieses System ein bisschen durch Zufall geschaffen wurde. Der zuständige Mann in Markus Notters Direktion traf damals nämlich in den Skiferien auf den deutschen Professor Friedrich Pukelsheim, der gleich vor Ort skizzierte, wie man die Wahlen gerechter machen könnte.

Nervenstränge der Zürcher Geschichte

wbt. · Zum Winterthurer Auftritt des Kantonsrats hat nicht nur das Jubiläum des Proporzwahlrechts geführt. Ganz im Stillen haben das Staatsarchiv und das Statistische Amt des Kantons Zürich einen Nervenstrang der Zürcher Geschichte freigelegt, der im Rahmen einer am Freitag in Winterthur gezeigten Ausstellung, die später auch in anderen Gemeinden präsentiert wird, vorgestellt wurde. Es handelt sich um eine aufwendige Sammlung von Personen- und Parteidaten zum Kantonsrat ab 2017, die online ab sofort für jedermann zugänglich ist (www.wahlen.zh.ch/proporz100map_new/index.php). Die Parteistärken lassen sich grafisch über das ganze letzte Jahrhundert verfolgen und vergleichen. Spannende Einblicke geben die Karten der Zürcher Gemeinden, auf denen die Herkunft der Kantonsräte nach Parteien mit einem Schieberegler über die Zeit verfolgt werden kann. Die Personendaten können nach verschiedenen Kriterien durchforstet werden. So spuckt die Datenbank für die letzten 100 Jahre 181 Namen aus, wenn man nach dem Beruf Landwirt fragt. Die Zahl der Daten ist gross, die Zuverlässigkeit auch, wie Staatsarchivar Beat Gnädinger sagte. Sie sollen aber mit Unterstützung der Bevölkerung noch verbessert und vervollständigt werden. Gesucht werden nicht zuletzt Bilder oder Porträts der Politiker.

Die Datenbank zum Kantonsrat und seinen Vorgänger-Gremien soll später bis 1803 ergänzt werden. Bereits heute sind die Zürcher Gesetzessammlung, die Kantonsratsprotokolle und (noch unvollständig) die Regierungsbeschlüsse ab 1803 als weitere Nervenstränge im Staatsarchiv online zugänglich.

APROPOS

Die Streitlust lebt noch

Andreas Schürer. · Rau ging es zu und her, als Zürich vor hundert Jahren über die Einführung des Proporzes stritt. Ja, es flogen die Fetzen: Befürworter des Verhältniswahlrechts, allen voran die SP, stellten ihre Gegner als machtgierige Kapitalisten dar, die kleinere Parteien unterdrückten. Die Bürgerlichen ihrerseits warnten vor dem Erstarken von «extremen» Parteien wie der SP, in deren Wesen es liege, «ihre Wähler jahraus, jahrein zu schulen und zu drillen». Die NZZ machte sich derweil für das Verhältniswahlrecht stark – angesichts steigender sozialer Gegensätze habe es eine «pazifizierende Wirkung».

Nun, gestritten wird immer noch, selbst am Festtag der Demokratie, den der Kantonsrat am Freitag in Winterthur zelebriert hat. So twitterte der grüne Zürcher Gemeinderat Markus Knauss schon am frühen Morgen: «Diktatur Walcheturm feiert heute Demokratie in Winti – welch ein Hohn!» Dass der Regierungsrat am Donnerstag Stadtzürcher Velopläne ausbremste, vergällte Knauss ganz offensichtlich die Freude am Feiern des Proporzes, der linken Parteien einst namhafte Sitzgewinne brachte.

Andere Kritik ist profaner: Es geht natürlich auch um Geld. 470 000 Franken, entnommen aus dem Lotteriefonds, lässt sich der Kantonsrat das Fest kosten. Das sei etwas viel Geld für ein «Schulreisli» der Kantonsräte nach Winterthur, nörgelte ein Gewerbler im «Landboten». Und er erinnerte daran, dass sich just das klamme Winterthur kaum noch Schulreisen für die eigenen Kinder leisten könne. Ein gewisser Ärger ist auch von Vertretern des kantonalen Personals zu hören. Manchen stösst sauer auf, dass der Kantonsrat zahlreiche Verwaltungsangestellte für die Abwicklung des Anlasses einspannte, beispielsweise für die Leitung von Führungen. Das sei ja nachvollziehbar, ist zu hören – wenn nicht ausgerechnet der Kantonsrat seit Jahren auf dem Buckel des Personals sparen würde.

Karin Egli (svp.), Kantonsratspräsidentin aus Elgg, lässt sich von derlei Zwischenrufen die Festfreude nicht nehmen. «Es ist doch schön, dass wir in kurzer Zeit mit vereinten Kräften einen so vielseitigen Anlass auf die Beine stellen konnten.» Das Jubiläum der Proporz-Einführung sei eine gute Gelegenheit, Schülern und der Bevölkerung die Vorzüge des hiesigen politischen Systems aufzuzeigen. Egli meint: «Die SVP ist ja in der Regel auch fürs Sparen. Aber man muss auch einmal zeigen, dass unsere demokratischen Errungenschaften nicht selbstverständlich sind.»

Die heisseste Debatte des Kantonsrats

Grosse Mehrheit für die Eintragung der Winterthurer Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze in den Richtplan – umstritten ist indes ein Detail

sho. · Statt in das Rathaus an der Limmat strömten die Mitglieder des Kantonsrats am Freitagnachmittag in die riesige Halle 53 auf dem Winterthur Sulzer-Areal. Ratspräsidentin Karin Egli erlaubte gleich zu Beginn Erleichterung von Jacke und Krawatte. Die anfänglich zahlreichen Zuschauer auf den Tribünen versuchten sich frische Luft zuzufächeln. Es sollte die heisseste Debatte des Kantonsrats werden.

Inhaltlich deutete indes zuerst wenig darauf hin. Das eigens für diese besondere Sitzung aufgehobene Winterthurer Geschäft war in der vorberatenden Verkehrskommission (Kevu) einstimmig befürwortet worden. Es geht um eine neue Strassenverbindung zwischen dem Zentrumsgebiet Neuhegi-Grüze und dem Anschluss Oberwinterthur der A 1 (siehe Karte). Sie ersetzt unter dem Namen Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze die früher geplante Entlastungsstrasse Oberwinterthur.

Kein Widerstand gegen eine neue Strasse für etwa 200 Millionen Franken wäre dann aber doch ungewohnt gewesen. So vollführten die Grünen einen Schwenk, und die in der Kevu nicht vertretene AL schloss sich ihnen an. Thomas Forrer (gp., Erlenbach) rechnete vor, dass gemäss Berechnungen nur gerade etwa 2700 Fahrzeuge am Tag die neue Strasse befahren würden. Dafür brauche es sie nicht, meinte auch Manuel Sahli (al., Winterthur), jener Teil der Stadt sei mit drei Bahnhöfen erschlossen.

Die Befürworter argumentierten mit Martin Hübscher (svp., Wiesendangen), dass auf der Strasse viel Stahl, etwa

QUELLE: REGIERUNGSRAT NZZ-Infografik/cke.

Drehgestelle für Stadler Rail, transportiert würden. Felix Hoesch (sp., Zürich) taxierte das Projekt ausdrücklich als gut. Der Rat trat gegen 17 Stimmen von Grünen und AL auf das Geschäft ein und genehmigte den Eintrag im Richtplan am Ende mit 138 gegen 17 Stimmen.

Dass sich dazwischen dennoch eine lebhafte Debatte entspann, hatte mit dem nördlichsten Abschnitt zu tun. Geplant ist dort eine Brücke über die Bahnlinie. Ursprünglich sah die Regierung eine Ersatzvariante entlang des Trassees und teilweise auf Gebiet von Wiesendangen vor. Die Nachbargemeinde Winterthurs hatte klargemacht, dass sie sich dagegen wehren würde. Die Kevu strich sie einstimmig.

In letzter Minute brachte Nik Gugger (evp., Winterthur) die Variante wieder auf den Tisch. Es sei eben nicht ganz sicher, ob die Brücke tatsächlich gebaut werden könne, es gebe Knacknüsse. Gugger konnte mit Stimmen aus verschiedenen Fraktionen eine knappe Mehrheit von 80 zu 76 auf seinen Antrag vereinen. Die Kritiker wandten ein, mit der Aufnahme einer Ersatzvariante werde die hauptsächliche Planung unterminiert. Unverständnis zeigten sie für das Verhalten der Winterthurer, die in der Regionalplanungsgruppe kein Wort dazu geäussert hätten. Lobbyiert hat hinter den Kulissen der Winterthurer Stadtrat. Für die Ersatzvariante sprach sich auch Baudirektor Markus Kägi aus: Grund: Nach heutigem Stand sei die Brücke machbar, die Linienführung sei aber anspruchsvoll und die Realisierung nicht gesichert.

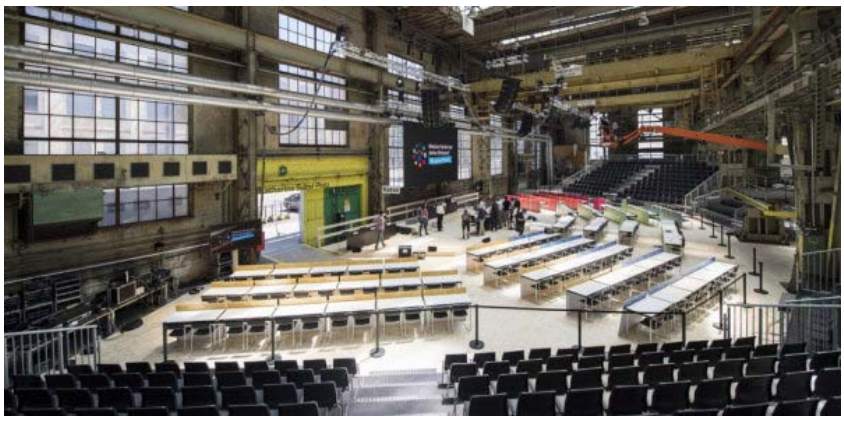
Ihre Story, Ihre Informationen, Ihr Hinweis? feedback@20minuten.ch

100 Jahre Proporz

07. Juli 2017 08:06; *Akt: 07.07.2017 08:13*

Kantonsrats-Feier kostet eine halbe Million

Vor 100 Jahren fand im Zürcher Kantonsrat ein Umschwung statt. Zur Feier tagt die Kantonsratskommission am Freitag in einer Arena mit 500 Zuschauerplätzen.



Blick in die Halle 53 in Winterthur während einer Medienkonferenz zur 100-Jahr Feier Proporzwahlrecht. (Bild: Keystone/Ennio Leanza)

ein aus i

Fehler gesehen?

Fehler beheben!

; «eigentliche demokratische Revolution» bezeichnet die Geschäftsleitung des Zürcher Kantonsrates den Wechsel vom Majorz- zum Proporzverfahren: «Seither können auch kleinere Parteien die kantonale Politik aktiv mitgestalten.» Die politische Welt sei farbiger geworden.

Am 8. Juli 1917 wurde der Kantonsrat zum ersten Mal nicht mehr nach dem Mehrheitswahlverfahren, sondern nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt. Die bislang dominierenden Liberalen und Demokraten, die zuvor zusammen 171 von 222 Sitzen hielten, verloren mehr als die Hälfte ihrer Mandate. Die SP legte von 43 auf 82 zu. Verschiedene Kleinparteien konnten zudem zum ersten Mal in den Rat einziehen.

Premieren in Winterthur

Der Kanton Zürich feiert am Freitag seine 100 Jahre Proporz mit einem «Tag der Demokratie» in der rund 4000 Quadratmeter grossen alten Sulzer-Halle 53. Eine Ausstellung «Weg der Demokratie» zeigt die Bedeutung des Verhältniswahlrechts auf, ein «Majorzo- und Proporzophon» macht den Unterschied beider Verfahren hörbar.

Um 11 Uhr tagt im extra aufgebauten Parlamentssaal die kantonsrätliche Kommission für Staat und Gemeinden öffentlich. Dies ist eine absolute Premiere in der Geschichte des Rates - Kommissionssitzungen finden sonst immer hinter geschlossenen Türen statt.

Ein Fest für eine halbe Million

Der 180 Mitglieder umfassende Kantonsrat wird ab 14.30 Uhr debattieren. Seine Sitzungen sind ansonsten auch öffentlich – doch finden sie in Zürich vor einer meist eher bescheidenen Zuschauerkulisse statt. Er kommt zum ersten Mal in seiner Geschichte ausserhalb der Kantonshauptstadt zu einer ordentlichen Sitzung zusammen.

Der Regierungsrat hat für den öffentlichen Festanlass 476'000 Franken aus dem Lotteriefonds bewilligt. Die Einführung des Proporzwahlrechts habe die Politik im Kanton Zürich nachhaltig geprägt, begründete er. Der Anlass in Winterthur diene dazu, diese zentrale, heute aber weitgehend als selbstverständlich akzeptierte Errungenschaft in Erinnerung zu rufen und mit der Bevölkerung zu feiern.

züriost
Immer da. Immer nah.

100 Jahre Proporz

Winterthur für einmal das Polit-Zentrum des Kantons

In Winterthur feierte der Kanton Zürich heute Freitag 100 Jahre Proporz. In der Halle 53 auf dem Sulzer-Areal behandelte der Kantonsrat auch den Umbau der Kantonsschule Büelrain. Anwesende Winterthurer Politiker strichen die Wichtigkeit des Proporz-Wahlrechts heraus.

von Michael Hotz, 07.07.2017, 18:03 Uhr

1 / 19

Eine Kantononsrats-Sitzung in ungewöhnlicher Umgebung.

Michael Hotz

Vor hundert Jahren nahm der Kanton Zürich einen Systemwechsel im Wahlrecht der Legislative vor. Das Zürcher Parlament wird seither im Proporz gewählt. Dieser politische Meilenstein wurde heute Freitag in Winterthur gefeiert. In der Halle 53 auf dem Sulzer-Areal fanden seit dem Vormittag einige spezielle Veranstaltungen statt.

Erste öffentliche Kommissions-Sitzung

So tagte erstmals in der Geschichte des Kantonsrates eine Kommission öffentlich. Die Kommission für Staat und Gemeinden empfahl dem Parlament in ihrer Sitzung, den Zusammenschluss der Politischen Gemeinden Elgg und Hofstetten zu genehmigen (wir berichteten).

Später am Nachmittag ging auch eine Kantonsrats-Sitzung über die Bühne. Dafür verliess der Rat sein Ratshaus in Zürich und kam nach Winterthur. Das Parlament erklärte dabei etwa ein Postulat für dringlich, das eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Winterthurer Kantonsschule Büelrain fordert (wir berichteten).

Der Applaus wurde gleich unterbunden

Das wahrscheinlich einmalige Ereignis einer Kantonsrats-Sitzung in Winterthur liessen sich vor allem viele Schulklassen nicht entgehen. Zusammen mit ihren Lehrern und anderen Zuschauern nahmen sie auf den insgesamt vier Tribünen Platz, die extra für diesen Event aufgebaut wurden.

Viele Gymnasiasten unter den Zuschauern (Bild: Michael Hotz):

Das Hauptinteresse der zahlreichen Gymnasiasten galt dabei dem Photovoltaik-Anlage-Postulat von GLP, CVP und BDP. Nach einem Votum einer Befürworterin des Anliegens gab es ordentlich Applaus von den Zuschauerrängen. Die Kantonsratspräsidentin Karin Egli-Zimmermann (SVP) bat das Publikum daraufhin, das Klatschen zu unterlassen.

Ein angemessener Festakt

Natürlich liessen sich auch viele Winterthurer Politiker die Feier in der Halle 53 nicht entgehen. Der Gemeinderatspräsident Felix Landolt (SP) begrüsste zusammen mit Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) das Parlament. Als höchster Winterthurer ist der Sozialdemokrat stolz, dass die Eulachstadt als Austragungsort gewählt wurde. Sein Parteikollege, Kantonsrat Andreas Daurù, beschrieb den Festakt als «sehr angemessen». Gerade im Hinblick auf die Situation in anderen Ländern, wo die Demokratie unter Druck gerate.

Beiden SP-Politikern ist die Wichtigkeit der Einführung des Proporzwahlrechts bewusst. So meinte Andreas Daurù: «Es war damals ein sehr wichtiger Entscheid. Nur so können viele Haltungen und Meinungen im Parlament richtig abgebildet werden.» Felix Landolt sagte: «Der Proporz ist fundamental. Erst ab seiner Einführung wurde das Volk im Kantonsrat richtig repräsentiert.»

«Der Proporz belebt die Demokratie»

Diesen Meinungen schliessen sich Reto Diener und Annetta Steiner an. Der Co-Präsident der Grünen bezeichnete das Proporzwahlrecht als «grosser Schritt für die Demokratie». Die politische Vielfalt hätte so gesteigert werden können, was viele Entwicklungen positiv beeinflusst habe. «Der Proporz belebt die Politik. Er macht sie attraktiver und unterhaltsamer», so Reto Diener.

Annetta Steiner, GLP-Gemeinderätin und erste Vize-Präsidentin des Winterthurer Parlaments, sagte: «Es ist extrem wichtig, dass auch Minderheiten in der Politik mitmachen und entscheiden können, denn diese bringen immer wieder relevante Inputs.» Dazu verhelfe eben das Proporz-Wahlrecht.

Online-Beiträge

https://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/der-kanton-zuerich-feiert-eine-revolution-der-demokratie

http://www.toponline.ch/news/winterthur/detail/news/100-jahre-proporz-in-winterthur-0068407/

https://www.nzz.ch/zuerich/vom-majorz-zum-proporz-warum-die-verhaeltniswahl-gerechter-ist-ld.1304658